

# GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE



Schwerpunktthema:

## › Vertrauen in der Krise

weitere Themen: ■ Antisemitische Verschwörungsmymen

■ Denkmal für Opfergruppe der Zeugen Jehovas



## Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

die Welt steckt voller Dilemmata und Paradoxien, was Entscheidungen auf politischer Ebene anspruchsvoll und die dafür nötigen Abwägungen komplex macht. Angesichts der vielfältigen Krisen, die wir seit Jahren in immer dichter und dramatischerer Abfolge erleben müssen, ist dieser Zusammenhang deutlicher sichtbar als zuvor. Auf der anderen Seite ist eine zunehmende reflexhafte Verdrängung dieser Komplexität zu beobachten, was sich im Zuwachs rechtspopulistischer Bewegungen und autokratischer Regime auch in Europa gezeigt hat. Diese Entwicklungen stellen eine Bedrohung dar, gegen die sich die parlamentarische Demokratie wappnen muss. Sie muss sich hierfür auf eine politische Kultur besinnen, die den vielfältigen Herausforderungen gerecht wird und es den Bürgerinnen und Bürgern zugleich ermöglicht, ihr Vertrauen in die politischen Institutionen zu erhalten oder zurückzugewinnen.

In diesem Heft beschäftigen wir uns aus verschiedenen Blickrichtungen mit Möglichkeiten, wie das Vertrauen in die demokratischen Institutionen auf Dauer gestärkt werden kann. Hierzu haben wir auch die beiden Träger des Preises „Gegen Vergessen Für Demokratie“ 2021, Friedemann Schulz von Thun und Bernhard Pörksen, befragt. Im gemeinsamen Interview teilen sie ihre Beobachtungen darüber mit, wie sich der Angriffskrieg

Russlands gegen die Ukraine auf die öffentliche Kommunikation in Deutschland ausgewirkt hat. Während der Medienwissenschaftler Pörksen nachdrücklich dafür plädiert, eine wertebasierte Medienpädagogik in den Schulen zu etablieren, erklärt der Kommunikationspsychologe Schulz von Thun, wie mehr „Dilemmabewusstsein“ Vertrauen schaffen könne.

Im November werden wir Friedemann Schulz von Thun und Bernhard Pörksen endlich nachträglich ihren Preis verleihen können und ich freue mich schon, die Preisträger und viele von Ihnen in Frankfurt am Main persönlich treffen zu können.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Andreas Voßkuhle

Die **Mitgliederversammlung** und die **Preisverleihung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. finden in diesem Jahr am 19. November 2022 in Frankfurt am Main statt. Weitere Informationen folgen nach der Sommerpause.

### IMPRESSUM

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin  
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, [info@gegen-vergessen.de](mailto:info@gegen-vergessen.de), [www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)  
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelfoto: franz12 | AdobeStock

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Amat Al-Aziz Brenn, Dörthe Ziemer, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.

Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.

ISSN 2364-0251



# Inhaltsverzeichnis

## Die Themen in dieser Ausgabe

### SCHWERPUNKTTHEMA

Legitimationsleistung der parlamentarischen Demokratie in Krisen- und Umbruchzeiten	4
Dilemmabewusstsein kann Vertrauen stiften	7
Wenn die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde sinkt	11
Misstrauen gegenüber allem, was staatlich aussieht	13

### WEITERE THEMEN

Antisemitische Verschwörungsmythen – Einfache Erklärungen in einer komplexen Welt	15
---	----

### BLOG MIGRATIONS-GESCHICHTEN.DE

Die Aufnahme der „Boat People“ in Westdeutschland – ein Vorbild?	18
--	----

### ANALYSE UND MEINUNG

Gedanken zum Ukraine-Krieg und der Kommunikation im Dilemma	20
Denkmal für den Widerstand der Zeugen Jehovas	22
Über die Ungleichbehandlung von Geflüchteten	24

### AUS UNSERER ARBEIT

Plan durchziehen?	27
Personelle Veränderungen in den Regionalen Arbeitsgruppen	28
RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen: „Wir sind jetzt hier“	29
LAG Baden-Württemberg: Befehlsverweigerung rettete Tausende Soldaten	30
RAG Südhessen: „Zum Schutz der Republik!“	32
„Jetzt weiß man, wie wertvoll ein Leben ist“	34
RAG Münsterland: 33 Jahre Gorlebener Gebet	36
Geschichtsvermittlung im Escape Room „Der Löwe von Münster“	38
Spenden statt Geschenke zum 70. Geburtstag	40

### NACHRUF

Trauer um Werner Vahlenkamp	42
-----------------------------	----

### BUCHEMPFEHLUNG

Neue Publikation zum Gestapo-Gefängnis in Ettlingen	43
---	----

### REZENSIONEN

Wozu Rassismus? – Eine lesenswerte Einführung	44
Wie wir uns erinnern	45
Migrantinnen und Migranten in der DDR und Ostdeutschland	46

### IMPRESSUM

2

### VORSTAND UND BEIRAT

47

Andreas Voßkuhle

# Legitimationsleistung der parlamentarischen Demokratie in Krisen- und Umbruchzeiten

Kann die parlamentarische Demokratie ihre Legitimationsleistung für unser politisches System noch erbringen? Angesichts der permanenten Krisen in den letzten 20 Jahren (I.) und dem Aufstieg totalitärer Systeme (II.) erscheint die Antwort auf diese Frage mehr denn je offen. Eines sollte aber klar sein: Nur wenn wir den Gefährdungen der parlamentarischen Demokratie aktiv entgegenwirken, hat sie eine Chance, dauerhaft zu überleben (III.).

## I. <sup>1</sup>

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs können wir in Europa drei große Entwicklungslinien beobachten: Erstens erleben wir seit den 1950er Jahren den Siegeszug der Idee der Menschenrechte, die eng verknüpft ist mit dem Aufbau des materialen Verfassungsstaats und der Etablierung starker Verfassungsgerichte. Zweitens hat sich in Europa spätestens mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands das westliche Demokratiemodell durchgesetzt, das einerseits geprägt ist durch das Erbe der amerikanischen und französischen Revolution und andererseits durch die Tradition des britischen Parlamentarismus. Drittens nahm das Projekt der europäischen Integration stetig an Fahrt auf und führte mit dem Vertrag von Lissabon zu einer Europäischen Union, in der weite Felder vormals staatlichen Handelns vergemeinschaftet sind. Keine dieser Entwicklungen beginnt erst 1945 und keine hat sich bruchlos vollzogen. Ihre gewaltige Dynamik entfalten die drei skizzierten Entwicklungslinien erst nach den Erfahrungen des ungeheuren Leids durch den Zweiten Weltkrieg und des organisierten Völkermords während der Diktatur der Nationalsozialisten.

Lange wähten sich die Nachkriegsgeneration und ihre Nachfahren auf dem richtigen Weg zu Frieden, Selbstbestimmung, Gleichheit und Wohlstand. Nun, am Anfang des 21. Jahrhunderts, scheint diese „Gewissheit“ plötzlich und für viele völlig überraschend verloren zu gehen. Glaubte noch Francis Fukuyama, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der von ihr abhängigen sozialistischen Staaten sei das „Ende der Geschichte“ erreicht, weil sich das Ordnungskonzept der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft end-



Symbole, die die ideellen Fundamente der westeuropäischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg nachzeichnen (jeweils von links): das dreiteilige Motto der Französischen Revolution, die Flagge der Europäischen Union, das gemeinsame Logo der beiden britischen Parlamentshäuser, die Schrift „Common Sense“ von Thomas Paine während der amerikanischen Revolution, die universellen Menschenrechte.

gültig durchgesetzt habe, erleben wir heute nicht nur weltweit, sondern gerade auch in Europa eine „Renaissance des politischen Autoritarismus“ (André Bank), der sich um viele politische Errungenschaften der Nachkriegszeit nicht schert: Verfassungsgerichte werden innerhalb weniger Monate faktisch entmachtet, so etwa geschehen in Polen und Ungarn. Der 45. Präsident der ältesten und mächtigsten Demokratie der Welt hat der Welt eindrucksvoll demonstriert, wie leicht eine narzisstische und manipulative Persönlichkeit im Zeitalter digitaler Direktkommunikation die demokratische Kultur eines gefestigten politischen Systems in wenigen Jahren durch dreiste Lügen sowie rassistische und sexistische Ausfälle vergiften kann. Gleichzeitig drängt in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein ungebremster Nationalismus zurück ans Licht, der sich gegen Europa wendet

und im Falle Großbritanniens sogar zum Ausstieg aus der Europäischen Union geführt hat. Treibende Kräfte sind hier häufig rechtspopulistische Bewegungen und Parteien, die bei allen Unterschieden der Hass auf Fremde und vermeintliche Eliten sowie die Intoleranz gegenüber gesellschaftlichen Gruppen eint, die als „Minderheit“ qualifiziert werden.

Der Humus, auf dem diese Einstellungen wachsen, setzt sich aus unterschiedlichen Ingredienzen zusammen. Zum einen sind wir Zeitzeugen eines ungeheuer dynamischen sozialen und politischen Wandels, der an das Hochzeitalter der Industrialisierung erinnert und vor allem getrieben wird durch die beiden Megatrends Digitalisierung und Globalisierung. Welche Zukunft der Einzelne in dieser Lage noch vor sich hat und ob er zu den „Gewinnern“ oder den „Verlie-

Fotos: Wikipedia; Collage: Alexander Atanassow



„An keinem Ort kann Politik besser öffentlich beobachtet werden als im Parlament.“

ren“ zählen wird, ist jeweils ungewiss. Zum anderen scheint die Welt in einen permanenten Krisenmodus gewechselt zu sein. Besonders die islamistischen Terroranschläge auf das World Trade Center in New York (2001), die globale Finanz- und Bankenkrise (ab 2007), die europäische Staatsschuldenkrise (ab 2009) und die europäische Migrationskrise (Höhepunkt 2015) haben zu tief-sitzenden Ängsten und Sorgen innerhalb weiter Teile der Bevölkerung geführt. Diese Ängste und Sorgen sind durch die immer stärker spürbaren Auswirkungen des Klimawandels, die aktuellen Pandemieerfahrungen (ab 2020) und den brutalen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine (2022) nicht kleiner geworden.

## II.

Aber auch unabhängig von der weltpolitischen Lage fehlt es nicht an grundsätzlicher Kritik am Modell der parlamentarischen Demokratie. Mittlerweile ist die Zahl aktueller wissenschaftlicher Analysen und Studien zu diesem Thema kaum noch überschaubar. Ich möchte ein paar zentrale Punkte dieser breit geführten Diskussion im Sinne einer aktuellen Standortbeschreibung schlaglichtartig beleuchten:

1. Die Demokratie hat lediglich einen Bruchteil der Menschheitsgeschichte geprägt. Zwischen 1788 und 2008 ging die Macht 554-mal durch Wahlen und 577-mal durch einen Umsturz in andere Hände über. 68 Länder, darunter China und Russland, haben noch nie einen Regierungswechsel zwischen Parteien infolge einer Wahl erlebt. Die Demokratie ist also keineswegs selbstverständlich, sie könnte ein vorübergehendes historisches Phänomen sein.<sup>2</sup>
2. Ferner muss man sich immer wieder klar machen, dass bis heute kein universelles Demokratiemodell existiert. Die Demokratien in Frankreich, den USA, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz und Deutschland sind bekanntlich sehr un-

terschiedlich. Es ist daher nicht einfach, den Zustand der Demokratie im eigenen Land richtig einzuschätzen. Historisch betrachtet ist die Demokratie „stets als Versprechen und Problem zugleich in Erscheinung getreten“<sup>3</sup>. Sie wird von Anfang an von einem Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger, die Sorge haben, dass die gewählten Repräsentanten ihre Wahlversprechen nicht einhalten und sich von egoistischen Motiven leiten lassen, begleitet.

3. Das große Versprechen der Demokratie, „die gleiche Teilhabe an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse“<sup>4</sup>, hat aber offensichtlich nichts an Attraktivität eingebüßt: Auch die Gegner der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie erhalten gern den Eindruck einer Demokratie aufrecht. Damit einher geht häufig eine radikale Verengung des Demokratieprinzips auf die Autorität der Mehrheitsentscheidung. Die Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie, die der Minderheit die Chance gibt, zur Mehrheit zu werden – Oppositionsrechte, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz usw. –, werden dagegen nach Erlangung der Macht nach und nach relativiert oder abgeschafft. Aktuelle Beispiele für eine solche Entwicklung in Europa sind Ungarn, Polen oder die Türkei und Russland.
4. Die Gründe, die in der Politik-, Sozial- und Geschichtswissenschaft für den Aufstieg der „illiberalen Demokratie“ angeführt werden, sind vielfältig:
  - So können wir seit längerem einen Strukturwandel der Öffentlichkeit beobachten: An die Stelle der gruppenpluralistisch organisierten Öffentlichkeit tritt eine „in unterschiedlichste Netzwerke fragmentierte Öffentlichkeit, die aus einer großen Entbündelung gesellschaftlicher Kommunikationsströme hervorgeht“<sup>5</sup>.

- Die tiefgreifende Individualisierung der Gesellschaft<sup>6</sup> beschleunigt den Zerfall des traditionellen Parteiensystems, das auf die kollektive Bündelung von Interessen ausgelegt ist. In dem Maße, in dem die politischen „Führer“ mit dem „Volk“ direkt über das Netz kommunizieren, werden die demokratischen Vermittlungsleistungen von Parteien letztlich überflüssig.

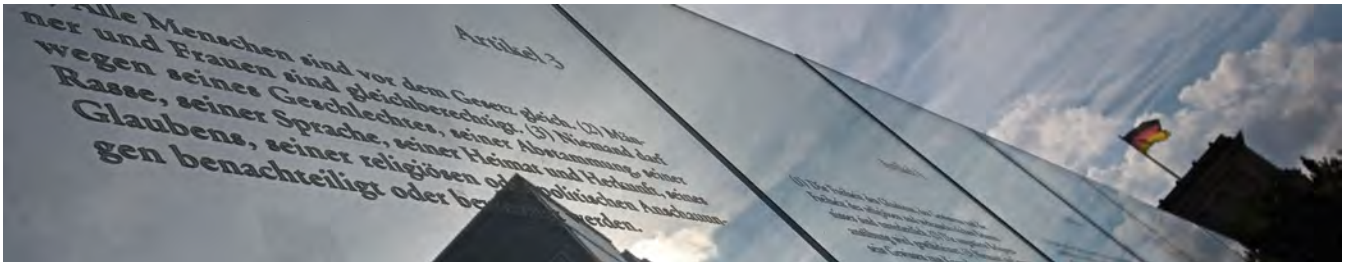
- Angesichts eines entgrenzten Finanzmarktkapitalismus und anderer Globalisierungsphänomene, die die souveränen Handlungsmöglichkeiten nationaler Politiken zu beschränken scheinen, beschleicht viele Bürgerinnen und Bürger ein Gefühl der Alternativlosigkeit.

- Hinzu tritt der Verlust der gemeinsamen Realitätswahrnehmung durch den Aufstieg des Konstruktivismus und unterschiedlicher Identitätsdiskurse. In einer vielbeachteten Analyse kommen die australischen Kognitionspsychologen Stephan Lewandowsky, Ullrich Ecker und John Cook zu dem Ergebnis: „Wir befinden uns in einer Situation, in der ein Großteil der Bevölkerung in einem epistemischen Raum lebt, in dem auf die herkömmlichen Kriterien von Beweisführung, innerer Widerspruchsfreiheit und Faktensuche verzichtet wird.“<sup>7</sup>

## III.

Angesichts dieser nicht durchgehend, aber doch weithin konsentierten Diagnose fällt es nicht leicht, die Legitimationsleistung der parlamentarischen Demokratie in Stellung zu bringen. Fünf Überlegungen könnten aus meiner Sicht helfen, den skizzierten Gefährdungen der Demokratie entgegenzuwirken:

1. An keinem Ort kann Politik besser öffentlich beobachtet werden als im Parlament. Das ist der große Vorteil der parlamentarischen Demokratie gegenüber »



Das gläserne Grundgesetz vor dem Bundestag symbolisiert die rechtsstaatliche und menschenrechtliche Fundierung der Demokratie in Deutschland. Doch Demokratie ist nicht selbstverständlich, wie der wiedererstarke Trend zum Autoritarismus in vielen Ländern zeigt.

Foto: Uwe Thiemann

» allen anderen Formen demokratischer Partizipation. Das gilt gerade auch im Zeitalter der Digitalität. Deshalb muss es für jede Politikerin und jeden Politiker oberste Priorität sein, dafür zu sorgen, dass im Parlament politischer Ideenwettbewerb auch sichtbar stattfindet. „Demokratie braucht Streit und den politischen Wettbewerb. Dieser Streit muss in internationale Institutionen hineingetragen und von dort offensiv in nationale Politik reimportiert werden.“<sup>8</sup>

2. Politikerinnen und Politiker marginalisieren sich mittelfristig selbst und vor allem auch das Parlament, wenn sie größere Teile der politischen Auseinandersetzung in die sozialen Medien verlagern und Kontroversen und Einschätzungen permanent über Twitter, Instagram und Blogs kommunizieren. Notwendig wäre hier ein kollektiver Entzug dieser Kommunikationsdroge, jedenfalls in bestimmten Zusammenhängen (z. B. während der parlamentarischen Debatte, bei öffentlichen Anhörungen, bei wichtigen Gremiensitzungen). Es geht hier letztlich um eine Form der politischen Kultur. Wenn die parlamentarische Debatte zu einem lustlos vorgetragenen Kammerschauspiel degeneriert, verliert die repräsentative Demokratie ihr Legitimationszentrum.

3. Es gibt keine einfachen Zusammenhänge, die Welt ist voller Dilemmata und Paradoxien. Und die exponentielle Zunahme unseres Wissens in den vergangenen Jahrzehnten lässt das Meer des Unwissens und vorläufigen Wissens eher größer erscheinen. Dies gilt besonders auch für die Naturwissenschaften und die Medizin. Diese Erkenntnis sollte man den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorenthalten, sondern sie bewusst und offensiv

daran gewöhnen. Teilweise ist das in der Pandemie gelungen. Daran können wir anknüpfen. Sicherlich stellt uns das Zeitalter der „Postwahrheit“ hier vor besondere Herausforderungen, ich sehe aber keine überzeugende Alternative zur rationalen Diskussion und zur Aufklärung.

4. Bei der Vermittlung von Politik in einer komplexen Welt spielen Qualitätsjournalismus, eine vielfältige Medienwelt und die Gewährleistung der Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin eine zentrale Rolle. Den Staat trifft hier eine Gewährleistungs- und Regulierungsverantwortung. Es ist kein Zufall, dass in der Pandemie entgegen dem dramatischen Abwärtstrend der letzten Jahre z. B. die harte Auflage der Wochenzeitung „Die Zeit“ um 15,4 Prozent gestiegen ist. Auch die Einschaltquoten der Nachrichtensendungen im Fernsehen sind signifikant gestiegen. Wenn es ernst wird, will die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger offenbar gut informiert sein. Warum eigentlich nicht in der Normallage?

5. Bereits in der Schule, aber auch als Erwachsene müssen die Bürgerinnen und Bürger lernen, mit „Widersprüchen, Korrekturen und Zielkonflikten umzugehen“, und verstehen, dass Geschichte nicht linear verläuft. Das gelingt nur durch umfassende politische Bildung. Deshalb sind Volkshochschulen, Zentralen für politische Bildung oder spezielle Förderprogramme auf Landes- oder Bundesebene wie etwa das Bundesprogramm „Demokratie leben“ essenziell für eine demokratische Gesellschaft. Bildung bedeutet nicht, im Abstrakten stehenzubleiben und wohlgemeint einfach etwas in Menschen „hineinzustopfen“. Vielmehr

sollen Individuen zum Nachdenken – noch besser: auch zum konkreten Handeln – angeregt und ertüchtigt werden. Nicht nur in der Demokratie wird gerungen, wir ringen gleichzeitig auch immer um die Demokratie. Dieses Ringen findet nie ein Ende. Anders, als die Propheten des Untergangs der Demokratie suggerieren wollen, hat es ein goldenes Zeitalter der Demokratie nie gegeben. Wenn wir das Ringen nicht verlernen, bin ich daher vorsichtig optimistisch, dass die parlamentarische Demokratie ihre Legitimationsleistung auch in Krisen- und Umbruchzeiten weiterhin erbringen wird. ■

#### Literaturhinweise:

- 1 Abschnitt I. ist weitgehend angelehnt an: *Andreas Voßkuhle*, Die Verteidigung von Europa, Demokratie und Verfassungsstaatlichkeit in Zeiten der Krise und des Populismus, in: ders.: Europa, Demokratie, Verfassungsgerichte. Berlin 2021, S. 7–12 m.w.N.
- 2 Näher dazu *Adam Przeworski*, Krisen der Demokratie, Berlin 2020, S. 27 f. m.w.N.
- 3 *Pierre Rosanvallon*, Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens, Hamburg 2017, S. 11.
- 4 *Stephan Lessenich*, Grenzen der Demokratie, Stuttgart 3. Aufl. 2019, S. 18.
- 5 *Thomas Vesting*, Die Veränderung der Öffentlichkeit durch künstliche Intelligenz, in: Sebastian Unger/Anje von Ungern-Sternberg (Hrsg.), Demokratie und künstliche Intelligenz, Tübingen 2019, S. 33 (44).
- 6 Näher dazu *Andreas Reckwitz*, Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017.
- 7 *Stephan Lewandowsky/Ullrich K. H. Ecker/John Cook*, Beyond misinformation: Understanding and coping with the “post-truth era”, *Journal of Applied Research in Memory and Cognition*, 2017, S. 252 (361 f.). Übersetzung durch Przeworski, Krisen der Demokratie (Fn. 1), S. 142 f.
- 8 *Armin Schäfer/Michael Zürn*, Die demokratische Regression, Berlin 2021, S. 219.

» **Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Andreas Voßkuhle** ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Der Text ist die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Konferenz der deutschen Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten am 7. Juni 2021.

# Dilemmabewusstsein kann Vertrauen stiften

Mit dem Modell des Kommunikationsquadrates ist der Hamburger Kommunikationspsychologe Friedemann Schulz von Thun international bekannt geworden. Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen hat sich vor allem aus systemischer Sichtweise mit den Inszenierungsstilen in Politik und Medien und dem Wandel der Kommunikation in der vernetzten Gesellschaft befasst. In seinem vielbeachteten Buch „Die große Gereiztheit“ (2018) analysiert er die Erregungsmuster des digitalen Zeitalters und entwirft eine konkrete Utopie der Medienmündigkeit. Gemeinsam sind Schulz von Thun und Pörksen Träger des Preises „Gegen Vergessen Für Demokratie“ 2021. Im Interview analysieren sie, welche Auswirkungen der russische Angriffskrieg auf die öffentliche Kommunikation in Politik und Gesellschaft hat.

**Herr Pörksen, wie hat der Krieg gegen die Ukraine aus Ihrer Sicht die öffentliche Kommunikation verändert?**

**Bernhard Pörksen:** Wir haben es gerade mit zwei Wirklichkeiten zu tun, mit der militärischen Macht und mit der medial vermittelten. Diese beiden Realitäten sind keineswegs deckungsgleich. Militärisch dominiert Wladimir Putin das Geschehen, medial ist es im Westen Wolodymyr Selenskyj, der mit außerordentlichem Geschick in den Parlamenten der Welt auftritt und sein Publikum zielgenau adressiert. Dabei handelt es sich um eine Konfrontation zweier Personen, die im Auftreten nicht unterschiedlicher sein könnten. Präsident Selenskyj agiert nahbar, authentisch, mit dem Charisma der Verletzlichkeit. Dagegen wirkt Wladimir Putin unnahbar, an einem riesenhaften Tisch sitzend, seine Untergebenen maßregelnd. Es ist zudem der erste Krieg in Europa, der unter Social-Media-Bedingungen stattfindet. Das bedeutet, dass das Kriegsgeschehen mit Hilfe von Videos und Bildern eine ganz neue emotionale Nähe und Dringlichkeit erhält. Die Position des unbeteiligten Zuschauers ist unter diesen Medienbedingungen kaum noch möglich.

**Sie sagen, Wolodymyr Selenskyj ist in der medialen Kommunikation überlegen. Aber auch Putin arbeitet viel über Social Media und das Fernsehen.**

**Bernhard Pörksen:** Man kann das, was Putin tut, als ein furchtbares Medien- und Menschenexperiment beschreiben. Mit Blick auf die eigene Bevölkerung versucht er, die Wahrnehmung über massive Einschüchterung, Attacken auf Oppositionelle, sogenannte Anti-Fake-News-Gesetze und das Abschalten westlicher Plattformen und die Produktion massiver Propaganda über das Staatsfernsehen zu lenken. 80 Prozent



Bernhard Pörksen.

der Russinnen und Russen empfangen ihr Bild über den Krieg aus dem staatlichen Fernsehen. Aber im Westen verfangen die Narrative Putins so gut wie gar nicht, also die Rede von den angeblichen Nazis in der Ukraine oder die Behauptung, man werde dort mit Freude empfangen. Die Tatsache, dass einige Querdenker in den Katakomben ihrer Telegramkanäle nach wie vor die russischen Propagandaerzählungen verbreiten, ist für mich kein Beleg für das Gegenteil. Auf der Ebene des Informationskriegs scheitert die russische Seite im Westen.

**Woran liegt das?**

**Bernhard Pörksen:** Aus meiner Sicht liegt es an der neuen Geschwindigkeit, mit der Fake-Narrative widerlegt werden. Dies geschieht in einem Zusammenspiel von neuen Medientechnologien, etwa den Satellitenbildern, welche die Truppenbewegungen sehr genau zeigen. Denken Sie

nur an die Situation unmittelbar vor Kriegsbeginn zurück. Wenn der Kreml behauptet: „Wir marschieren nicht in die Ukraine ein“, und man sieht gleichzeitig, wie die Truppen aufziehen, ist das eine unmittelbare Widerlegung in Echtzeit.

Ein anderes Beispiel: Es gab gleich nach Kriegsbeginn einen Hackerangriff auf eine ukrainische Nachrichtenwebseite, auf der ein sogenanntes Deep Fake Video platziert wurde, in dem Selenskyj angeblich die Kapitulation erklärte und seine Soldatinnen und Soldaten angeblich aufforderte, nach Hause zu gehen und die Waffen niederzulegen. Das hat überhaupt nicht funktioniert. Das Video war nicht nur schlecht gemacht, sondern Selenskyj hat sofort mit einem eigenen Selfievideo reagiert und das Video als Fälschung benannt. Überdies waren die Ukrainerinnen und Ukrainer gewarnt – man rechnete damit, dass eine solche Fälschung auftauchen könnte. »

Foto: Peter-Andreas Hasslepen



Friedemann Schulz von Thun.

» Von dieser Vorabimpfung gegen Desinformation könnten wir auch für andere gesellschaftliche Konfliktfelder lernen, etwa für die Auseinandersetzung mit fanatisierten Impfgegnern oder Klimawandelleugnern. Bislang ist die Bekämpfung von Fake News allzu reaktiv, wir hoppeln hinterher.

**Herr Schulz von Thun, Sie haben die kommunikationspsychologischen Grundsätze entwickelt, einerseits dem Gegenüber empathisch und wertschätzend zu begegnen und andererseits den Mut zu Streit und konfrontativem Verhalten aufzubringen. Gelten diese auch gegenüber einem Aggressor wie Wladimir Putin, wenn man Wege sucht, aus dieser grausamen Kriegssituation kommunikativ wieder herauszukommen?**

**Friedemann Schulz von Thun:** Empathie und Wertschätzung bleiben einem derzeit im Halse stecken. Aber auch im Umgang mit dem Feind und mit dem Massenmörder gilt es zu beachten, dass er Macht hat. Kommunikation bleibt weiter wichtig – so wie sie wichtig bleibt mit einem Geiselnnehmer, der sich eingeschlossen hat und seine Opfer zu erschießen droht. Da gilt es, deutliche Ächtung und entschiedene Abwehr zu zeigen, aber auch Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Wer nur die Verhandlungsbereitschaft kennt, ist in Gefahr, ins Appeasement abzugleiten. Hier haben wir in der Geschichte bereits historisches Versagen erlebt. Und wer nur die militante Abwehr kennt, ist in Gefahr, eine kriegerische Eskalation zu befördern.

Aber aus meiner Sicht haben unsere politischen Entscheider diese Zusammenhänge im Blick.

**Bernhard Pörksen:** Sicherlich kann man Kommunikationspsychologie auch für das internationale Gespräch zwischen Staatenkern nutzen, aber eher im Verborgenen über diplomatische Kanäle als im öffentlichen Raum, in dem jetzt die Ächtung das Gebot der Stunde ist. In der öffentlichen Kommunikation hat sich jedoch der Hollywoodschauspieler und republikanische Politiker Arnold Schwarzenegger als außerordentlich gut informierter Kommunikationspsychologe erwiesen. Er hat am 17. März dieses Jahres ein Video online gestellt mit dem Ziel, das Weltbild der Russinnen und Russen zu erschüttern, Propagandamauern durchlässiger zu machen und Menschen zum Protest gegen Putin aufzurufen. Er geht hier so vor, als habe er Band 1 bis 3 von Friedemann Schulz von Thuns Standardwerk inhaliert: maximale Wertschätzung gegenüber dem russischen Volk, eine einfache Sprache, Konzentration auf wenige Beispiele und eine offensive Erwähnung der Einwände sowie das Bekennen eigener Fehler. Hier sprach nicht der Superstar, sondern der besorgte Freund.

**Wissen Sie, ob dieses Video die Russinnen und Russen auch tatsächlich in dem von Schwarzenegger erhofften Sinne erreicht hat?**

**Bernhard Pörksen:** Arnold Schwarzenegger ist in Russland seit Jahrzehnten ein Superstar. Selbst Wladimir Putin folgt ihm auf

Twitter. Das Video ist sofort viral gegangen, es gab Millionen Aufrufe und wurde auch im russischen Fernsehen diskutiert. Man konnte es nicht mehr ignorieren.

**Wie bewerten Sie den Umgang der Bundesregierung mit dem Dilemma, dass sie sich einerseits zu ungeteilter Solidarität mit der Ukraine verpflichtet fühlt und andererseits die gesamte geopolitische Lage und weitere Bedrohungsszenarien im Blick behalten muss?**

**Friedemann Schulz von Thun:** Es gibt in Deutschland eine Tendenz zur Polarisierung in der Frage des Umgangs mit dem Dilemma. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die mehr fürchten, dass ein Weltbrand entstehen könnte, und auf der anderen diejenigen, die mehr fürchten, dass wir in unterlassener Hilfeleistung die Ukraine einem Teufel preisgeben, der noch viel mehr vorhat. Die Größe der Angst ist ungleich verteilt, aber diese Polarisierung halte ich erst einmal nicht für toxisch, sondern für in der Natur der Sache liegend. Unsere Regierung hat das Dilemma aus meiner Sicht absolut erkannt.

**Bernhard Pörksen:** Ich glaube, dass Kanzler Olaf Scholz auch deshalb so scharf kritisiert wird, weil er im Gegensatz zu Angela Merkel in ihrer Amtszeit nun mit Annalena Baerbock und Robert Habeck mächtige Konkurrenten in puncto Kommunikation hat. Bundeswirtschaftsminister Habeck lebt – um die Terminologie von Friedemann Schulz von Thun zu verwenden – vor Publikum eine dilemmabewusste Offenheit. Man hat das Gefühl, ihm beim Denken zuzusehen. Er lässt Zweifel offenbar werden, sein eigenes Grausen davor durchscheinen, dass er nach Katar reisen musste, um Gasvorräte bei halbseidenen Autokraten zu organisieren. Dieses Denken vor Publikum hat etwas sehr Nahbares, Kreatürliches, Sympathisches ...

**Friedemann Schulz von Thun:** ... und dadurch auch etwas Überzeugendes.

**Bernhard Pörksen:** Ja. Und Außenministerin Annalena Baerbock besticht durch die Entschiedenheit ihrer Sprache.

**Friedemann Schulz von Thun:** Habeck ist ein Meister der dilemmabewussten Kommunikation, und diese öffentliche Nachdenklichkeit lässt das Dilemma wirklich





Das Interview fand über eine Videokonferenz statt. Unten von links: Friedemann Schulz von Thun und Bernhard Pörksen; oben von links: die Mitarbeiterinnen von Gegen vergessen – Für Demokratie e.V., Larissa Bothe und Liane Czeremin.

bewusst werden. Zur dilemmabewussten Kommunikation gehören zwei schmerzliche Dinge. Erstens, dass man anerkennt, dass in der Position des Meinungsgegners eine Moral und eine Wahrheit stecken, die man nicht einfach übergehen kann. Und zweitens, dass in der eigenen Position Nachteile enthalten sind, die zuzugeben sind. Beides erlebe ich bei Robert Habeck in einer gewissen Virtuosität.

### **Ist ein solcher Umgang mit Entscheidungsdilemmata geeignet, Bürgerinnen und Bürgern verlorenes Vertrauen in die politischen Institutionen zurückzugeben?**

**Bernhard Pörksen:** Grundsätzlich ja, weil dadurch der politische Kommunikator als nahbar, mitmenschlich, erreichbar erscheint. In der dilemmabewussten Offenheit spiegelt sich ein nicht-hierarchisches Kommunikationsmodell wider, das Vertrauen stiften kann. Allerdings ist es auch eine Frage der Dosis, in der die Offenbarung von Selbstzweifeln verabreicht wird. Wir möchten den Wirtschaftsminister nicht morgens mit Tränen in den Augen sehen.

**Friedemann Schulz von Thun:** Absolut. Wir wollen keine ratlosen Nervenbündel in der Regierung haben, sondern Leute, die glaubhaft den Eindruck erwecken, dass sie nachts noch gut schlafen, dass sie die Dinge im Griff behalten und dass sie uns ein Minimum an Sicherheit garantieren, das sich der Einzelne nicht selbst verschaffen kann. Wo die Nachdenklichkeit in Ratlosigkeit übergeht, darf ich das nicht ausstrahlen, denn dann hätte ich meine Rolle verfehlt. In der Tat wieder ein Dilemma. Politiker zu sein birgt große Herausforderungen.

### **Sollte eine solche dilemmabewusste Kommunikation auch mehr in die Breite der Gesellschaft getragen werden?**

**Friedemann Schulz von Thun:** Unbedingt. Das Leben ist kein Minenfeld, aber ein Dilemmafeld. Das gilt nicht nur für Politiker, sondern für Menschen in jedweder Rolle. Auch in der Rolle des Vaters und der Ehefrau oder zum Beispiel der Polizistin. Ich halte übrigens die Unterscheidung zwischen Problem und Dilemma in der öffentlichen Bewusstseinsbildung für

ganz, ganz wichtig. Ein Problem lässt sich manchmal lösen, manchmal auch nicht, dann muss man damit umgehen. Wenn die Polizei in eine Wohnung will, weil sich dort ein verdächtiger Mensch aufhält, die Wohnungstür aber verschlossen ist, dann ist das ein lösbares Problem. Man kann den Hausmeister holen oder die Tür eintreten. Wenn die Polizei es aber mit Demonstranten zu tun hat, die ihre Maskenpflicht verweigern, steht sie vor einem Dilemma: Einerseits soll sie das Recht durchsetzen, andererseits soll sie deeskalieren und den Zusammenstoß von Demonstranten und Polizei nicht befördern. Sie soll nicht militant daherkommen und draufhauen, aber auch nicht zu zaghaft sein und zusehen, wie das Recht gebrochen wird. Das ist ein Dilemma. Diesen Zusammenhang in die Köpfe zu bekommen, betrachte ich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – nicht nur für Politiker, nicht nur für die Polizei, sondern für jede Frau und jeden Mann.

**Der Versuch zu verstehen, wie schwierig es in diesen Positionen ist, Entscheidungen zu treffen, könnte also auch zu mehr Vertrauen beitragen?** »

» **Friedemann Schulz von Thun:** Empathie mit Politikerinnen und Politikern zu zeigen scheint mir das Gebot der Stunde zu sein – zu achten, was sie leisten und womit sie sich abquälen. Dass sie zunehmend angefeindet oder gar bedroht werden, empfinde ich als einen der größten Skandale hierzulande.

**Herr Pörksen, Sie plädieren seit langer Zeit dafür, dass die Kompetenzen in der Kommunikation und in der Mediennutzung in die Breite getragen werden. Wo muss angesetzt werden?**

**Bernhard Pörksen:** Weniges ist so nötig wie eine werteorientierte Medienbildung. Und seit vielen Jahren werbe ich weitgehend erfolglos für ein entsprechendes Schulfach. Im Hinblick auf die laufende Medienrevolution, die Bedrohung von Demokratien und den Aufstieg von Populisten reagiert die hiesige Bildungspolitik technikfasziniert, geldgetrieben und deutlich zu mutlos. Dies ließ sich am Beispiel des Digitalpaktes beobachten – hier ging es um etliche Milliarden für die Schulen, aber ohne klare konzeptionelle Linien.

**Friedemann Schulz von Thun:** Das sehe ich auch so: Miteinander-Reden müsste zum Schulfach werden. Kommunikation ist doch das A und O des Miteinanders.

**Bernhard Pörksen:** Mit der Idee der redaktionellen Gesellschaft habe ich versucht eine konkrete Utopie der Medienbildung zu entwickeln, also journalistische Kernsätze und Kernkompetenzen zum Bestandteil der Allgemeinbildung zu machen. Etwa den Grundsatz, dass Quellen geprüft werden, bevor man etwas veröffentlicht, und die Fähigkeit, Nachrichten in ihrer Relevanz einzuordnen. Journalistische Kernkompetenzen sind für die Allgemeinheit wichtig in einer Zeit, in der jeder zum Sender geworden ist.

Worauf ich große Hoffnungen setze, sind Journalistinnen und Journalisten, die in sehr großer Zahl in diesem Land ehrenamtlich und in ihrer Freizeit in die Schulen gehen. Ein Verein wie „Journalismus macht Schule“ hat seit 2019 rund 10.000 Schulen besucht. Ein Verein wie „Kontext“ produziert eigene Onlineworkshops in großer Zahl. Redakteure der Süddeutschen Zeitung veranstalten Schüler-und-Lehrer-Medientage mit Tausenden von Teilnehmern. Das ist aus meiner Sicht eine Graswurzelrevolution der Medienbildung, der Beginn einer „Bürgerjournalistenschule“.

**Können wir auch von anderen Ländern lernen?**

**Bernhard Pörksen:** Aus meiner Sicht ist es ermutigend zu sehen, wie die finnische Gesellschaft in der Vergangenheit agiert hat. Finnland hat schon vor der Annexion der Krim das Problem der russischen Desinformation verstanden und mit einem „Critical Thinking Curriculum“ reagiert. Dieses wurde in landesweiten Anstrengungen umgesetzt, nicht nur für Schülerinnen und Schüler. Zielgruppen waren alle Generationen. Und es geht: In Finnland erhebt man heute die höchsten Medienkompetenzwerte im europäischen Vergleich. ■

**Die Fragen stellten  
Liane Czeremin und Larissa Bothe.  
Mitarbeit: Amat Al-Aziz Brenn**

#### HINWEIS:

Lesen Sie zum Thema auch den Beitrag von Friedemann Schulz von Thun zur „Kommunikation im Dilemma“ auf Seite 20.

## DIE KUNST DES MITEINANDER-REDENS

In ihrem Gesprächsband „Die Kunst des Miteinander-Redens: Über den Dialog in Gesellschaft und Politik“ diskutieren Prof. Dr. Dr. h.c. Friedemann Schulz von Thun und Prof. Dr. Bernhard Pörksen darüber, wie sich öffentliche Debatten verändert haben. Sie entwerfen in unruhigen Zeiten eine Ethik des Miteinander-Redens, die Empathie und Wertschätzung mit der Bereitschaft zum Streit und zur klärenden Konfrontation verbindet.

Anhand vieler Beispiele führen sie vor, wie sich Diskussionen und Debatten verbessern lassen könnten und wie die Kunst des Miteinander-Redens zu einer Schule der Demokratie werden könnte. Sie veranschaulichen das anhand eines „Werte- und Entwicklungsquadrats der dialogischen Kompetenz“, das ein Spannungsfeld zwischen den Polen Empathie/

Verständnis und gehässiger Verächtlichkeit sowie zwischen Sympathie und abgrenzender Konfrontation aufmacht.

Deutlich wird, dass sich die Kommunikation auf zwischenmenschlicher Ebene von der im öffentlichen Raum unterscheidet. Eine Strategie müsse immer für den speziellen Fall entwickelt werden, unter Beantwortung der Frage, wer mit wem in welchem Setting redet. Darüber hinaus sei in der öffentlichen Kommunikation ein „Dilemmabewusstsein“ dafür erforderlich, dass Redner auf der einen Seite immer authentisch sein und Klartext reden sollen, auf der anderen Seite aber auch Takt, Diplomatie und Sensibilität nötig sind, um einen Dialog zu ermöglichen.



Bernhard Pörksen,  
Friedemann Schulz von Thun  
**Die Kunst des Miteinander-Redens:  
Über den Dialog in Gesellschaft und Politik**

Carl Hanser Verlag, München 2020  
Gebundene Ausgabe · 224 Seiten  
ISBN 978-3-446-26590-5 · 20,00 €

Felix Rösel

# Wenn die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde sinkt

## Was Gebietsreformen für Demokratie und Teilhabe bedeuten

**Fusionen von Kommunen sollen den Staat schlanker und effizienter machen. Aktuelle Studien zufolge gelingt dies jedoch selten und es zeigen sich beträchtliche Nebenwirkungen. Aufgrund von Gebietsreformen hat sich die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen in Deutschland nahezu halbiert. Demokratie und Teilhabe vor Ort werden dadurch geschwächt.**

Das Zusammenlegen von Verwaltungen galt jahrzehntelang als Wundermittel für mehr Effizienz im Staat. Bundesweit ist durch Fusionen die Zahl der Gemeinden von über 32.000 auf etwas mehr als 10.000 gesunken. Manche Gemeinden sind heute so groß wie einstmalige Landkreise und zählen teilweise mehr als 60 Ortschaften und über 600 Quadratkilometer.

Mit Gebietsreformen verbinden sich große Hoffnungen auf Kosteneinsparungen und Wachstumsimpulse. Aktuelle wissenschaftliche Studien nähren jedoch Zweifel an der Effektivität von Gemeindefusionen. Diese Untersuchungen können kaum Kosten- oder Effizienzgewinne bei früheren Gebietsreformen nachweisen – weder in Westdeutschland noch Ostdeutschland oder in anderen europäischen Ländern.

Schlimmer noch: Neure Studien zeigen, dass Gebietsreformen erhebliche politische Kosten verursachen. Mit Gebietsreformen vergrößern sich nicht nur Verwaltungen, sondern es wachsen auch die Entfernungen und Belastungen für ehrenamtliche Kommunalpolitiker\*innen. Die Folgen für lokale Teilhabe und Demokratie sind beträchtlich.

### 180.000 weniger Kommunalpolitiker\*innen seit 1960

Die Kommunalpolitik hat eine wichtige Funktion als „Kummerkasten“ und Vermittler. Sie ist vor Ort ansprechbar und oft der erste Anlaufpunkt für Bürgeranliegen. Doch die Ansprechpartner\*innen werden immer weniger. Gebietsreformen reduzieren die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen. Nach der Fusion zweier Gemeinden zählt der neu gebildete Gemeinderat in aller Regel deutlich weniger Vertreter\*innen als die Summe



Sichtbares Beispiel für den Versuch, trotz Eingemeindung lokale Identität zu erhalten: Das brandenburgische Groß Beuchow ist seit 2003 Ortsteil der Stadt Lübbenau, auf dem Ortsschild geht der Name seitdem fast unter. Mit einem zweiten Schild wird das kompensiert.

Foto: Dörthe Ziemer

der beiden eigenständigen Gemeinderäte zuvor.

In Westdeutschland sank durch Gebietsreformen die Zahl der Kommunalmandate seit 1960 um rund ein Drittel von etwa 253.000 auf 166.000. Im Osten sind seit 1990 sogar mehr als zwei von drei kommunalen Mandaten durch Fusionen von Gemeinden und Landkreisen weggefallen. Hier wurden 1990 bei der ersten und letzten freien Kommunalwahl in der DDR noch 129.000 kommunalpolitische Mandate vergeben, 2019 waren es nur noch knapp 37.000. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind erheblich. In Sachsen werden rund 8.200 kommunalpolitische Mandate vergeben, in Rheinland-Pfalz sind es aufgrund der kleinteiligeren Gebietsstruktur über 34.000 – trotz sehr ähnlicher Einwohnerzahl, Landesgröße und unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft in beiden Ländern.

In Summe hat sich durch Gebietsreformen die Zahl der Kommunalpolitiker\*innen bun-

desweit mehr als halbiert. Dies schwächt nicht nur die Verankerung von Demokratie in der breiten Gesellschaft, sondern erhöht auch spürbar die Arbeitslast für die verbliebenen Mandatsträger\*innen. Der stetig steigende Arbeitsaufwand verteilt sich auf immer weniger Schultern. Nach Gebietsreformen steht eine stark gewachsene Verwaltung einer deutlich geschrumpften Zahl ehrenamtlicher Kommunalparlamentarier\*innen gegenüber, die auch noch ein deutlich größeres Gebiet überblicken müssen. Die Attraktivität kommunaler Mandate sinkt, in Studien belegt durch eine sinkende Zahl von Kandidaturen bei Kommunalwahlen. Das schwächt den demokratischen Wettbewerb und die Kontrolle der Verwaltung.

Eine erhebliche Zahl von Ortschaften hat zudem inzwischen keine direkte politische Vertretung mehr. Ein Beispiel: In der 2009 neu gebildeten Großgemeinde Sundhagen in Mecklenburg-Vorpommern vertreten heute 16 Gemeinderatsmitglieder aus zehn Orts- »

» teilen die 35 Ortsteile der Gemeinde. 25 Ortsteile sind damit nicht im Gemeinderat repräsentiert. Vor der Fusion gab es dagegen insgesamt 60 Vertreter\*innen in den vormals eigenständigen Gemeinderäten, rechnerisch immerhin fast zwei pro Ortsteil.

### Vakuum staatlicher Präsenz

Die Zusammenlegung von Verwaltungen ist mit der Schließung von Rathäusern verbunden. Betroffen sind meist ländliche Ortsteile; Verwaltungsjobs und Ämter werden häufig im größten der zusammengelegten Ortsteile konzentriert. Studien haben gezeigt, dass dadurch die räumlichen Ungleichgewichte zunehmen. Wirtschaftliche Aktivitäten verlagern sich zunehmend aus dem Umland in die Kernstadt an den Sitz der neuen Großverwaltung. Auch im Kommunalparlament sind nach Gebietsreformen kleinere und ländliche Ortsteile seltener repräsentiert als die Kernstadt.

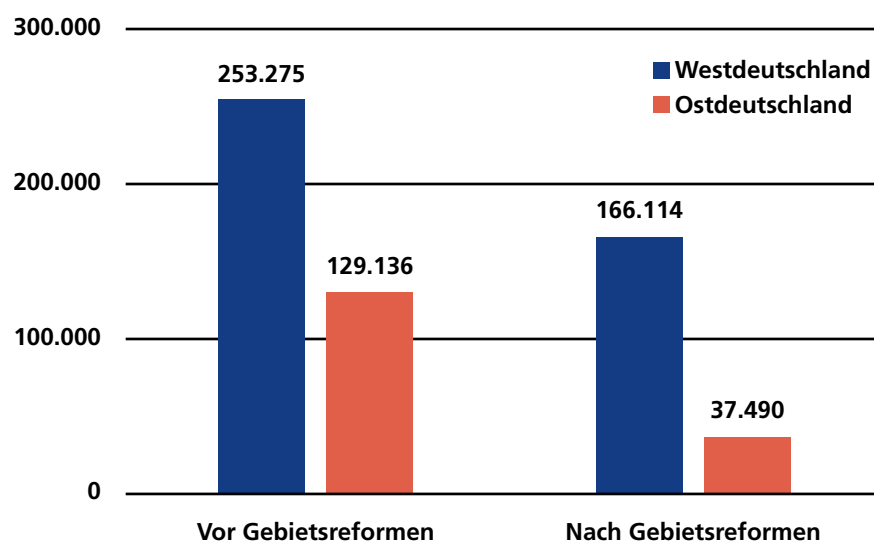
Das geschlossene Gemeinde- oder Rathaus hinterlässt auch ein optisch weithin sichtbares Vakuum staatlicher Präsenz. Es entsteht das Gefühl des Rückzugs des Staates aus der Fläche. Die hinterlassene buchstäbliche Leere ist ein wichtiger Faktor für die Wahlerfolge von Rechtspopulisten. Studien zu Gebietsreformen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und der Steiermark in Österreich zeigen, dass Stimmenteile von populistischen Parteien in fusionierten Gemeinden stärker zunehmen als in nicht-fusionierten Gemeinden.

Schließlich steigen in Großgemeinden die Anonymität und die Distanz zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft. Der Befund aus zahlreichen nationalen und internationalen Studien ist eindeutig: Gebietsreformen reduzieren die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen um mehrere Prozentpunkte. Bürger\*innen fühlen sich weniger verbunden und der Einfluss der eigenen Stimme auf das Abstimmungsergebnis sinkt in größeren Strukturen. Der Preis für größere Gebietsstrukturen ist also erheblich.

### Fazit

Räumliche Nähe, kurze Wege und Überschaubarkeit leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft. (Zu

## Kommunalpolitiker\*innen in Deutschland



Nur noch halb so viele Kommunalpolitiker\*innen in Deutschland

Hinweis: Die Angaben für die Zeit vor den Gebietsreformen beziehen sich auf das Jahr 1960 (Westdeutschland) und 1990 (Ostdeutschland). Nach den Gebietsreformen meint jeweils das Jahr 2019. Die Zahlen enthalten sämtliche kommunale Ebenen (Gemeinden, Gemeindeverbände). Quelle: eigene Erhebungen des Autors.

große Gemeinde- und Landkreisstrukturen gefährden demokratische Teilhabemöglichkeiten. In Westdeutschland ist aufgrund von Gebietsreformen mehr als jedes zweite kommunalpolitische Amt seit 1960 verschwunden, in Ostdeutschland seit 1990 mehr als jedes vierte.

Zugespitzt formuliert: Kommunale Selbstverwaltung ist in einigen Großgemeinden und Großkreisen zur „überregionalen Selbstverwaltung“ geworden, mit enormer Last auf den Schultern der ehrenamtlichen Mandatsträger\*innen. Deshalb sollte man politische Alternativen zu Gebietsreformen stärker diskutieren. Es gibt einige Versuche, den negativen Folgen entgegenzuwirken.

In Brandenburg hat man vor Kurzem nach dem Vorbild aus Rheinland-Pfalz sogenannte Verbandsgemeinden installiert. Diese funktionieren so: Die kleinen Gemeinden bündeln ihre Verwaltungen, bleiben aber formal selbstständig. Zusätzlich zu den Gemeinderäten und Gemeindebürgermeister\*innen werden nun noch ein Verbandsgemeinderat und -bürgermeister\*innen gewählt. Durch diese Art von „Minilandkreisen“ zwischen Gemeinde- und Landkreisebene wird Fachkompetenz gestärkt, aber die Demokratie nicht gefährdet. Studien zeigen, dass sowohl die Effizienz als auch die Wahlbeteiligung bei

Kommunalwahlen in diesen Verbandsgemeinden höher ist als in fusionierten Gemeinden.

In Thüringen wurden in fusionierten Gemeinden Ortschaftsräte gegründet. Diese haben allerdings vor allem beratende Funktion und können nur über ein Finanzvolumen von etwa fünf Euro pro Einwohner verfügen. Der frühere Gemeinderat vor der Fusion (meist dieselben Mitglieder wie später im Ortschaftsrat) hatte in Thüringen etwa 3000 bis 3500 Euro pro Einwohner zur Verfügung. In anderen Bundesländern haben die Ortschaftsräte überhaupt keine Finanzmittel.

Grundsätzlich gilt: Wenn die Entscheidungsbefugnisse und die dafür nötigen Geldmittel einmal abgezogen sind, ist dies schwierig rückgängig zu machen. Dort, wo es noch kleine Strukturen gibt, sollten diese sehr sorgfältig erhalten und gepflegt werden – damit Politik und Demokratie nicht nur etwas für Profis ist. ■

### Weiterführende Literatur

Blesse, Sebastian; Rösel, Felix: Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18 (4/2017), S. 307–324.

Rösel, Felix: Die politischen Kosten von Gebietsreformen. In: ifo Dresden berichtet 23 (1/2016), S. 21–25.

**Felix Rösel** ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomik an der Technischen Universität Braunschweig.

Beke Detlefsen

## Misstrauen gegenüber allem, was staatlich aussieht

An der Bundesstraße B96 in Sachsen zwischen Zittau und Oppach finden seit 2020 regelmäßig Proteste gegen die Corona-Maßnahmen statt. In den Kommunen entlang der Fernverkehrsstraße kommen jede Woche Menschen zusammen, die ihren Unmut kundtun – mal nur eine Handvoll, mal über hundert. Oft mit dabei: umstrittene Symbole wie das Eiserne Kreuz, die Farben Schwarz-Weiß-Rot oder Reichsbürgerflaggen. Auch Rechtsextremisten schwenken hier immer wieder ihre Fahnen. Das B3 – Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. – schaut im Rahmen des Modellprojekts „Zwischen Wut und stillem Protest“ ganz genau hin, um die Konflikte hinter den Protesten zu verstehen und mögliche Lösungswege zu entwickeln.

Projektleiter Bernd Stracke ist regelmäßig vor Ort, er kennt die Menschen in der Region und ihre Wut. Seinen Beobachtungen zufolge gibt es grundlegende Veränderungen im Protestgeschehen. „Die Einteilung in links oder rechts funktioniert

nicht mehr“, sagt der gebürtige Leipziger. Die Motivation der Menschen an der B96 sei ganz unterschiedlich. Oft haben sie im Alltag nur wenig miteinander zu tun, sie stehen nun aber trotzdem gemeinsam an der Straße. „Durch die Corona-Maßnahmen sieht ein Großteil der Protestierenden die Freiheitsrechte gefährdet, das führt zu diesen neuen Zusammenstellungen.“ Bernd Stracke sieht darin eine Kontinuität zur Pegida-Bewegung, die Menschen auf der B96 hätten seitdem keine Berührungspunkte mehr und würden daher auch zusammen mit Rechtsextremen protestieren.

Generell sei in der Region eine große Unzufriedenheit auszumachen. Die meisten Menschen an der B96 sind in der DDR aufgewachsen. Laut Stracke führte die Wende bei ihnen zu individuellen Brüchen in der Biografie, zu einem Gefühl des Bedeutungsverlustes und fehlender Anerkennung. „In den Köpfen der Menschen lauern hier viele ungeklärte Dinge“, sagt der

Projektleiter. Das mache sie für verschiedenste Bedrohungsszenarien empfänglich, sei es die Angst vor Geflüchteten oder anderen Religionen, die Angst, nicht gehört zu werden, oder eben die Gefährdung der Freiheit. Längst geht es bei den Demonstrationen an der Fernverkehrsstraße nicht mehr nur um die Corona-Maßnahmen.

„Durch die Proteste werden Wertever-schiebungen deutlich, die schon immer da waren, aber im Hintergrund schwelten.“ Freiheit und Sicherheit sind solche Werte, die bei den Protesten eine enorme Rolle spielen und deren Bedeutungen individuell ausgelegt werden. Hinzu kommt eine Neubewertung des Begriffs Demokratie. „Das ist das, was die Leute hier auf der Straße ebenfalls wollen und fordern“, erklärt Bernd Stracke das Demokratieverständnis vieler Protestierender an der B96. Diese seien nicht uninteressiert an Politik, sondern eher partei- und verwaltungsverdrossen – „Demokratie von oben“ werde zum Feindbild. »

Umstrittene Flaggen sind immer wieder Teil der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen an der B96.



Foto: picture alliance/Sebastian Kahmert



Projektleiter Bernd Stracke entwickelt neue Konzepte für einen gemeinsamen Diskurs an der B 96.

» Das Resultat dieser Entwicklungen ist laut Stracke bei nicht wenigen eine Ablehnungshaltung gegen alles, was staatlich aussieht. Und das wiederum ist anschlussfähig für antidemokratische, verfassungsfeindliche oder rechtsextreme Ansichten. Wie sehr sich die Frustration gegenüber gesellschaftlichen Instanzen in der Region verbreitet hat, verdeutlichen auch die vermehrten Kirchaustritte. „Diese Entwicklung erfüllt uns mit Sorge“, berichtet Bernd Stracke, denn sie habe oft auch eine Abkehr von gemeinsamen – teilweise stark kirchlich geprägten – Werten zur Folge.

Podiumsdiskussionen oder große Publikumsveranstaltungen wie Dialogformate zu den

Das **B3 Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.** engagiert sich für die Stärkung der demokratischen Kultur unter Einbeziehung der Menschen vor Ort. Dabei agiert der Verein mit Sitz in Dresden als Ansprechpartner für Institutionen, Schulen, Initiativen und Vereine. Arbeitsschwerpunkte liegen auf der gemeinsamen Entwicklung bedarfsgerechter Lösungswege bei Konflikten, der Begleitung von Partizipationsprozessen und themenspezifischen Weiterbildungen. Das B3 Institut ist außerdem Teil der Regionalen Arbeitsgruppe Sachsen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Corona-Maßnahmen haben in der Region kaum Auswirkungen auf die Diskurse gezeigt. Die Beteiligung ist oft gering. Alles, was nach „Einrichten von oben“ aussieht, sei schwierig. „Diese Formate können sogar schädlich sein“, sagt der Projektleiter, „und Schreihälsen die Gelegenheit bieten, demokratiefeindliche Ansichten zu verbreiten.“

Genau an diesem Punkt setzt das Modellprojekt an. Durch Gespräche mit Bürgermeister:innen, Organisationen und Vereinen vor Ort sollen individuelle Bedarfe analysiert und im Anschluss zielgenaue Projekte entworfen werden, die an die jeweiligen Kommunen und ihre Bewohner:innen angepasst sind. Das können Konflikttrainings sein, Gesprächsrunden oder Oral-History-Projekte. „Wir brauchen neue thematische Zugänge, kleinere Begegnungsräume mit gemischten Gruppen und unterschiedliche Ansichten an einem Ort, um wirkliche Diskussionen zu ermöglichen und rechten Parolen oder Verschwörungstheorien

keine Bühne zu bieten“, sagt Bernd Stracke. Auch die Unterstützung durch Vertrauenspersonen oder die eigenständig gewachsene Zivilgesellschaft sei bei der Projektentwicklung enorm wichtig. „Wir brauchen Verbündete, die nicht aus der Bildung oder aus politischen Einrichtungen kommen. Und wir sollten die Menschen da abholen, wo sie ihre Freizeit verbringen, wo sie sich auskennen und Gehör finden – wie zum Beispiel in Angelvereinen oder bei der Feuerwehr.“

Eine Idee ist bereits in Planung: Es geht um ein Projekt zum biografischen Erzählen von Protagonist:innen aus der DDR- und Wendezeit, was auch die Analyse spezifischer Schwerpunktthemen und geeigneter Anknüpfungspunkte ermöglichen könnte. Bernd Stracke plädiert für eine neue Ausrichtung der Diskurse, die Einbeziehung der Menschen vor Ort und zielgenaue Angebote zur Stärkung der demokratischen Kultur. „Alte Muster funktionieren nicht mehr. Wir dürfen nicht nur unsere gewohnten Projekte und Initiativen fortsetzen“, sagt der Projektleiter. Dafür sei Mut erforderlich, auch solche Wege zu gehen, die nicht direkten Erfolg zeigen, sondern erst längerfristig Auswirkungen haben: „Der neuen Komplexität der Situation müssen wir gerecht werden.“ ■

» **Beke Detlefsen** ist Historikerin und Projektkoordinatorin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Sie recherchiert derzeit Praxisbeispiele für das neue Projekt „Unterschiedliche Wertemilieus in der politischen Bildung“, das von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird. Gemeinsam mit dem Bündnis Marokkanische Gemeinde – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. untersucht Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in diesem Projekt, inwieweit der Ansatz „Wertemilieus“ das Potenzial hat, die politisch bildnerische Beschäftigung mit Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland weiterzuentwickeln.

#### HINWEIS:

Lesen Sie zum Schwerpunktthema auch die Beiträge in der Rubrik Analyse und Meinung auf den Seiten 20 und 24.

Juliane Wetzel

# Antisemitische Verschwörungsmythen – Einfache Erklärungen in einer komplexen Welt

Auszüge eines Beitrages aus der neuen Broschüre von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass schwer fassbare, den üblichen Erklärungshorizont übersteigende Ereignisse als Trigger zur Bildung von Mythen und Gerüchten dienen, aus denen sich rasch – zumal in der Welt der grenzenlosen Datenflut des Internets – Verschwörungsfantasien entwickeln können.**

Solche Mythen und Denkwelten sind in vielen Ländern Europas, aber auch in der arabischen Welt und auf dem amerikanischen Kontinent fester Bestandteil tradierter, tief verwurzelter Narrative, die von Generation zu Generation weitergegeben werden und in Krisenzeiten problemlos zu reaktivieren sind – wenn auch den jeweiligen Umständen und Zeitläuften angepasst. Sie bieten einfache, monokausale Erklärungsmuster für komplizierte Sachverhalte und erfüllen soziale Funktionen beziehungsweise befriedigen psychologische Bedürfnisse. Nicht selten münden sie in ein geschlossenes dichotomes Weltbild, das in säkularisierten Gesellschaften als Religionersatz dienen kann. (...)

Negiert wird die Komplexität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder sozialer Entwicklungen, die das Ergebnis einer Vielzahl von ineinandergreifenden Mechanismen sind. Wer Verschwörungsmythen zu widerlegen versucht beziehungsweise Erklärungen zur Verfügung stellt, warum angebotene Denkmuster jeglicher Wahrheit entbehren, gilt entweder als getäuscht, erpresst oder gar als Mitwisser der Verschwörung. Die Gegenseite hingegen glaubt sich im Besitz der Wahrheit. Sie setzt sich über wissenschaftlich fundierte Expertisen und profunde Erklärungsangebote hinweg und äußert nicht nur Skepsis und Kritik daran, sondern stellt diese grundsätzlich in Abrede.

## Das Internet als Resonanzraum

Durch das Internet als leicht zugängliches und anonym nutzbares Medium finden Verschwörungsfantasien – insbesondere solche mit antisemitischem Inhalt – rasch Verbreitung. Sie sind in allen radikalen politischen, aber auch fundamentalistisch religiös agierenden Lagern – bei Rechts- und Linksextremisten, Islamisten, Evangelikalen, katholischen Traditionalisten – präsent. Zu finden sind sie aber auch bei Esoterikern und Ufologen und sie werden über soziale Netzwerke, Blogs und Diskussionsforen in Umlauf gesetzt. Einmal mehr hat die Covid-19-Pandemie gezeigt, wie leicht auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft von solchen Ideen gefangen genommen werden können. Verbreitungsmechanismen sind Gerüchte und Legenden, die heute durch die neuen Medien einen noch nie dagewesenen Streuungsgrad erreichen. (...)

## Die Attraktivität von Verschwörungskonstrukten

Verschwörungsdenken kann zwar wahnhaftige Züge annehmen, ist aber nicht auf einen pathologischen Charakter zu reduzieren und damit in die Welt des Krankhaften abzudrängen, mit dem sich die Medizin befassen muss. Die Studie des Psychologen und Journalisten Sebastian Bartoschek beweist einmal mehr, dass Verschwörungsmythen vielmehr „stabil in der Mitte der Gesellschaft zu verorten“ sind. (...) In Ost- und Mitteleuropa spielten die Wandlungsprozesse der postkommunistischen Ära (laut der Studie eines internationalen Forscherteams) eine zentrale Rolle, in Westeuropa hingegen habe die Finanzkrise zu einer erheblichen Zunahme solcher



Gedankengebäude geführt. Der mit beiden Phänomenen einhergehende Wandel des gesellschaftlichen Gefüges habe eine enorme Verunsicherung mit sich gebracht, weil die Zukunft noch unvorhersehbarer geworden sei und klare Strukturen wegbrächen.

## Der Klassiker der Verschwörungsmythen: Pandemien

Wie die Finanzkrise ein Movens für eine Spielart antisemitischen Verschwörungsdenkens war, basierend auf den klassischen antisemitischen Zuschreibungen, die Juden mit Geld und Reichtum in Verbindung bringen und ihnen unterstellen, ihren Einfluss für finstere, geheime Machenschaften zu nutzen, so bieten auch Epidemien und Pandemien vielen Menschen Anlass, problemlos an bestimmte Facetten antisemitischen Verschwörungsdenkens anzuknüpfen. Im Mittelalter forderten die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung unzählige Opfer, weil ihnen im 14. Jahrhundert unterstellt wurde, sie hätten die Brunnen vergiftet und damit die Pest ausgelöst. Am Ende waren einige der bedeutendsten jüdischen Gemeinden in Frankreich und Deutschland »

» ausgelöscht. In jüngster Zeit waren Ausbrüche von Ebola, Vogel- und Schweinegrippe von antisemitischen Attribuierungen begleitet, und aktuell finden sich solche Hirngespinnste im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie massenweise in den sozialen Medien, aber auch auf Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen sind sie virulent. In diesen Narrativen sind Juden die Strippenzieher, die dafür sorgen, dass die Mehrheitsbevölkerung sich wie Marionetten nach ihren Vorgaben bewegt. (...)

Der Kanon solcher Verschwörungsnarrative rekurriert auf das jahrhundertealte Stereotyp der Juden als Brunnenvergifter, das regelmäßig im Zusammenhang mit Epidemien grassiert. Es ist ein willkommenes, von Generation zu Generation tradiertes Stereotyp, das scheinbar leicht zu reaktivieren ist. (...)

### Juden und Jüdinnen als Sündenbock

Verschwörungdenken ist nicht immer, aber häufig antisemitisch konnotiert, weil Juden im Verlauf der Jahrhunderte in die Rolle des klassischen Sündenbocks gedrängt wurden und weil ein mannigfaches Repertoire an Stereotypen existiert, aus dem sich nur allzu leicht Begründungen für schwer erklärbare Ereignisse und Entwicklungen konstruieren lassen. „Die Juden“, so wird unterstellt, würden grundsätzlich im Geheimen agieren, und da der Besitz eines Geheimnisses eine mit Macht assoziierte Ausnahmestellung bedeutet, passen die Zuschreibungen, dass sie sich insgeheim verschworen hätten, um aus dem Verborgenen heraus die Geschicke zu lenken, ausgezeichnet zu den Vorstellungen, dass sie die ganze Welt beherrschten beziehungsweise in sämtlichen tragenden wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereichen wie etwa in den Medien und den Banken den Ton angäben. (...)

### Der Ritualmordvorwurf

Eine Reihe von Beispielen zeigt, dass die Ritualmordlegende zu jenen antisemitischen Narrativen gehört, die immer dann an Aktualität gewinnen, wenn Jüdinnen und Juden besonders drastisch diffamiert werden sollen, weil sie auf diese Weise leicht zu Schuldigen an den zeitgenössischen Missetaten gemacht werden können.

Das klassische Narrativ wirft Juden vor, Kin-

der anderer Religionsgemeinschaften (insbesondere der christlichen) zu entführen und zu ermorden, um deren Blut in ihren Riten, beispielsweise beim Backen des ungesäuerten Brotes zu Pessach, zu verwenden. Die Ritualmordbeschuldigungen gehören zu den frühesten und am längsten perpetuierten Vorurteilen gegen Juden. Vermutlich rühren sie aus der in früheren Kulturen üblichen Praxis des Menschenopfers her, aus dem weit verbreiteten Aberglauben, dass der Verzehr innerer Organe wie Leber und Herz oder das Trinken von Blut – besonders von Kindern oder Jungfrauen – beziehungsweise das Baden darin Krankheiten heile oder Kraft, Schönheit und Macht verleihe. (...)

Der in der Bibel überlieferte bethlehemitische Kindermord durch Herodes beeinflusst derartige Vorstellungen in der christlichen Glaubenswelt bis in die Gegenwart, selbst in säkularisierten Gesellschaften. Heute bestimmen sie häufig die Bildsprache, etwa wenn israelische Politiker in Karikaturen als Kinderfresser und als Männer mit blutigen Händen dargestellt werden, die, mit entsprechenden Attributen versehen, palästinensische Kinder erstechen.

Nicht nur extremistische Gruppierungen bedienen sich solcher Inhalte in ihrer Agitation auf einschlägigen Webseiten oder Homepages, sondern – oft subtiler und weniger offensichtlich – auch Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft. In Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und an die Botschaft Israels in Berlin lassen sich derartige Gerüchte über Juden ebenso identifizieren wie in Online-Kommentarspalten seriöser Tageszeitungen, in denen die Verfasser glauben, Juden beziehungsweise Israel geheimer Mächtschaften bezichtigen zu können.

Die Ritualmordlegende erlebte zudem eine Wiedergeburt in arabischen Fernsehserien („Diaspora/Al-Shatat“) und bedient – gegen Israel gewendet – antisemitischen Hass. (...) Die aktuellste Variante unterstellt Juden beziehungsweise Israelis, sie würden Palästinensern Organe rauben und diese verkaufen.

### Beispiele für neuere antisemitische Verschwörungsmythen

Wie schnell allgemeine Verschwörungsmythen in antisemitisches Fahrwasser abglei-

ten können, lässt sich an einigen Beispielen verdeutlichen. Am 24. März 2015 stürzte eine Germanwings-Maschine auf dem Flug von Barcelona nach Düsseldorf ab, 150 Menschen fanden dabei den Tod. Bereits kurz nach Bekanntwerden des Unglücks kursierten die ersten abstrusen Theorien: Der Copilot, der nachweislich Suizid begangen und die Besatzung und Passagiere mit in den Tod gerissen hatte, sei ein zum Islam konvertierter Christ, der einen terroristischen Anschlag verübt habe. Fehlen durfte im Germanwings-Konglomerat aus Absurditäten natürlich auch nicht die Behauptung, die israelische Luftwaffe habe das Flugzeug abgeschossen. Belege bleiben die Vertreter dieser Verschwörungsmythen allesamt schuldig. Andere unterstellten vor allem in YouTube-Videos, im Flugzeug hätten Leichen gesessen, die bereits vor dem Absturz einer geheimen Organentnahme zum Opfer gefallen seien. Hier sind die Verschwörungsfantasien durchaus anschlussfähig an Ritualmordlegenden aus dem Kanon antisemitischer Stereotypen. (...)

Gerüchte über eine angeblich israelische oder wahlweise auch jüdische Urheber-schaft der Schweinegrippe wurden auf rechtsextremen wie auf radikal islamistischen Seiten und in Karikaturen arabischer Medien verbreitet. Die Unterstellung, ein US-amerikanischer oder israelischer Nukleartest habe im Dezember 2004 den Tsunami vor der Insel Sumatra ausgelöst, wurde in denselben politischen Spektren als Wahrheit verkauft. Und dass die Deutschen systematisch mit Chemikalien vergiftet würden, die israelische Flugzeuge versprühten (Chemtrails), scheint eine verschwörerische Legende besonders unter rechtsextremen Sektierern zu sein. (...)

### Die „Mahnwachen für den Frieden“ und die Querdenker

Seit Frühjahr 2014 trafen sich, als Reaktion auf den Russland-Ukraine-Konflikt, jeden Montag am Potsdamer Platz in Berlin und später auch an vielen anderen Orten in Deutschland Menschen zu „Mahnwachen für den Frieden“. Die Redner traten vor allem mit prorussischen und antiwestlichen beziehungsweise antiamerikanischen Statements an die Öffentlichkeit, sie geißelten die „BRD“ als nicht souveränen Staat, der unter der Verwaltung der Alliierten stehe, insbesondere der USA. (...)



Wie viele derjenigen, die in den Querdenker- oder Anti-Coronamaßnahmen-Demonstrationen zu den Wortführern gehören, hat sich auch Ken Jebesen, der ehemalige Radioredakteur des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) bei den sogenannten Montagsmahnwachen engagiert. Im Jahr 2012 behauptete Jebesen, „Zionisten“ hätten die Massenmedien unterwandert: „Es ist eine mediale Massenvernichtungswaffe, die hilft, dass wir seit über 40 Jahren die Fresse halten, wenn im Auftrag des Staates Israel Menschen in Massen vernichtet werden.“



Autorin Dr. Juliane Wetzel.

Neuere Entwicklungen bedienen sich (...) in den virtuellen sozialen Netzwerken der Strategie, Personennamen mit drei Klammern zu versehen. In den einschlägigen Kreisen wird sofort erkannt, dass diese Markierung einer jüdischen Person gilt, die damit zum Angriff freigegeben ist. Etliche Twitter-User haben sich eine Gegenstrategie ausgedacht: Sie umklammern ihre Namen jetzt selbst, um der antisemitisch gemeinten Markierung ihre Eindeutigkeit zu nehmen. Inzwischen scheint auch eine Möglichkeit gefunden worden zu sein, die User der antisemitischen Klammern aufzuspüren und ihre Hetze somit nachverfolgen zu können. (...)

Memes und über Bildsprache vermittelte Codes sind die neuen Herausforderungen besonders im Bereich der Bildung, weil visuelle Inszenierungen zu einem zentralen

Mittel geworden sind, Propaganda und Hetze in die digitale Welt zu transportieren.

### Fazit

(...) Die Politik und die Zivilgesellschaft müssen Strategien erarbeiten, wie das Internet als Informationsquelle sicherer werden kann, und Möglichkeiten eruieren, wie Mythen und Legenden Fakten entgegengesetzt werden können. Insbesondere im Jugendbereich ist es mehr als jemals zuvor von grundlegender Bedeutung, Medienkompetenz zu vermitteln und zu lernen, wie Bildsprache dekonstruiert werden kann. (...) ■

**Dr. Juliane Wetzel** ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung. Die hier veröffentlichten Auszüge sind der von Klaus Müller und Christopher Kirchberg herausgegebenen **neuen Broschüre von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. über „Verschwörungstheorien“** entnommen. Dort finden Sie auch Quellenverweise, die an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden konnten. Die Broschüre bietet einen kompakten und einführenden Überblick, beleuchtet das Thema von unterschiedlichen Seiten und bereitet es für Jugendliche auf. Neben dem Beitrag von Juliane Wetzel wurden Texte von Michael Butter, Wolfgang Benz, Felicitas Flade, David Römer & Sören Stumpf, sowie von Matthias Heyl aufgenommen. Die Publikation kann kostenlos über die Geschäftsstelle bezogen werden und ist online unter [www.gegen-vergessen.de/verschwörung](http://www.gegen-vergessen.de/verschwörung) zu finden.

Anzeige

# # BeInterNett-Training

## Demokratische Kommunikation im Netz

**WAS** Training zum Umgang mit antimuslimischer Hate Speech

Junge Muslim:innen begegnen besonders häufig Hassrede im Netz. Im #BeInterNett-Training wird vermittelt wie man sich für ein respektvolles Miteinander einsetzt und seine Stimme hörbar macht.

**WER** Mehrheitlich muslimische Gruppen, Vereine oder Initiativen

Junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren

**WO** In Präsenz vor Ort oder Online per Zoom

**WIE** Alle Infos unter: [www.beinternett.de](http://www.beinternett.de)

Kontakt unter: [info@beinternett.de](mailto:info@beinternett.de)

gefördert durch die Bundeszentrale  
für politische Bildung

Ines Schröder

# Die Aufnahme der „Boat People“ in Westdeutschland – ein Vorbild?

**Nach dem Sieg der kommunistischen Vietcong 1975 flohen mehr als eine Million Menschen aus Vietnam über das südostasiatische Meer. In kleinen Booten und auf maroden Schiffen warteten die sogenannten „Boat People“ auf eine rettende Bergung. Bilder dieser humanitären Katastrophe lösten eine breite zivilgesellschaftliche Solidari-**

**sierungswelle in Deutschland aus. Daraufhin landeten im Dezember 1978 die ersten „Boat People“ in Westdeutschland. Bis Mitte der 1980er Jahre erreichten etwa 38.000 Flüchtende aus Vietnam die BRD. Ihre schnelle und unbürokratische Aufnahme gilt bis heute als herausragendes Beispiel für eine gelungene Integration in Deutschland.**

## Hintergründe zur Flucht

Acht Jahre lang hatten US-amerikanische Einsatzgruppen an der Seite Süd-Vietnams gegen die nordvietnamesische Guerilla-Gruppe Vietcong gekämpft. Mit der Besetzung Saigons im April 1975 siegte das kommunistische Regime aus Nordvietnam. Das Land wurde erstmals seit seiner Trennung in einen Nord- und Südstaat 1954 unter sozialistischen Vorzeichen wiedervereinigt. Daraufhin flüchteten tausende Südvietnames:innen vor der einsetzenden politischen Verfolgung, der Verschleppung in Umerziehungslager sowie der wirtschaftlichen Not.

Gemeinsam mit den abziehenden US-amerikanischen Soldaten gelang 1975 bereits 130.000 Südvietnames:innen die Flucht. Auch Frankreich erklärte sich bereit, eine große Anzahl vietnamesischer Geflüchteter aufzunehmen. Das erste Ziel der fliehenden Vietnames:innen waren jedoch ihre Nachbarstaaten.

## Warum „Boat People“?

Ab 1978 setzte sich ein zweiter Strom an Flüchtenden aus Südvietnam in Bewegung. Aufgrund versperrter Landwege versuchten sie auf dem Wasserweg zu fliehen. An den Küsten der Nachbarstaaten wie Malaysia wurden sie jedoch größtenteils abgewiesen. Wochenlang trieben die bald als „Boat People“ bekannten Flüchtenden in kleinen Kähnen und überladenen Frachtern durch das südostasiatische Meer.

## Drastische Bilder und starke Gesten

Die Bilder der ausgehungerten und durstenden Menschen, bedroht von schlechter Witterung und Piraten, gingen um die Welt. In Westdeutschland berichteten Fernsehprogramme neben bekannten Magazinen wie dem Spiegel von der katastrophalen humanitären Lage auf den Booten. Daraufhin regte sich Kritik an der Zurschaustellung des Elends. Andererseits beförderten die Darstellungen die rasche Solidarisierung vieler westdeutscher Bürger:innen mit den Geflüchteten. Im Anschluss drängten einzelne Personen und Vereine zu einer Aufnahme der „Boat People“ in die BRD. Auch aus den USA wuchs der Druck auf die westdeutsche Regierung.

Aus den Reihen der Politik machte schließlich Ernst Albrecht, der niedersächsische Ministerpräsident, einen ersten Schritt zur Aufnahme der Geflüchteten. Auf seine Veranlassung wurden 163 „Boat People“ Anfang Dezember 1978 in die BRD eingeflogen. Durch diese Maßnahme und ihre große mediale Inszenierung stellte er die deutsche Flüchtlingspolitik vor vollendete Tatsachen. Gleichzeitig profitierte der CDU-Politiker politisch von seiner populären humanitären Geste.

## Zivilgesellschaftliches Engagement

Auf diese erste politische Aktion folgten weitere karitative und zivilgesellschaftliche Initiativen aus Deutschland. Einer der bekanntesten Einsätze waren die Fahrten der Cap Anamur. Mit diesem Schiff, sowie auf ihren beiden Folgemodellen Cap Anamur II und III, konnten zwischen 1979 und 1986 mit Spendengeldern über

11.000 „Boat People“ aus dem südasiatischen Meer gerettet werden. Hinter den Rettungsaktionen stand der Verein „Ein Schiff für Vietnam“. 1978 hatte ihn der Journalist Rupert Neudeck, gemeinsam mit seiner Frau Christel, den Schriftstellern Heinrich Böll und Martin Walser sowie dem Politiker Norbert Blüm in Köln gegründet.

Trotz der gewachsenen Aufnahmebereitschaft von vietnamesischen „Boat People“ in politischen Kreisen, kam es mehrmals zu Auseinandersetzungen zwischen dem Verein und der politischen Führung. Grund dafür war die mangelnde Rücksprache der Cap Anamur mit der Regierung über die Zahl der aufgenommenen Flüchtenden. Grundsätzlich legten bestimmte Quoten fest, wie viele Menschen aufgenommen werden sollten und nach welchen Prioritäten sie ausgewählt wurden. Diese genauen Regelungen mussten parallel zu den laufenden Rettungsaktionen jedoch erst noch erarbeitet werden. Bis dahin hatte das Rettungsschiff schon etliche Flüchtende in Sicherheit gebracht.

## Juristische Fragen

Zunächst konnte die deutsche Politik nicht auf altbewährte Gesetze zur Aufnahme von Flüchtenden, wie der Genfer Flüchtlingskonvention, zurückgreifen. Erst nach der Aufnahme zahlreicher „Boat People“ wurde 1980 das „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge“ geschaffen. Mit ihrem darin festgelegten Status als „Kontingentflüchtlinge“ erhielten die vietnamesischen Geflüchteten inner-



Vietnamesische Geflüchtete auf dem deutschen Rettungsschiff *Cap Anamur II* im Sommer 1986.

halb kurzer Zeit eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Dadurch konnten sie ein langwieriges Asylverfahren umgehen.

Dahinter stand die dauerhafte Niederlassung der „Boat People“ als gemeinsames Ziel der angekommenen Vietnames:innen, sowie der deutschen Behörden und der Zivilbevölkerung.

### **Solidarität mit den „Boat People“... und anderen Geflüchteten?**

Auf die unbürokratische Registrierung der vietnamesischen Geflüchteten folgte eine schnelle, dezentrale Unterbringung auf Kosten des Staates. Gleichzeitig entstanden mehrere Anlaufstellen, die ihnen Hilfe bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie Deutschunterricht anboten. Getragen wurden diese Initiativen weiterhin durch zahlreiche Spenden und ein starkes Engagement der Zivilbevölkerung. Die Umstände, unter welchen die „Boat People“ geflüchtet waren, spielten dabei eine entscheidende Rolle. Als Verfolgte des kommunistischen Regimes in Vietnam galten sie in den westlichen Staaten praktisch als Verbündete. Zudem kursierte in Deutschland das überaus positive Bild von den vietnamesischen Geflüchteten als eine weitestgehend unpolitische und besonders leistungsbereite Bevölkerungsgruppe.

Neben der mehrheitlich zustimmenden Haltung für die politische Unterstützung der „Boat People“, meldeten sich innerhalb der deutschen Zivilbevölkerung aber auch wenige kritische Stimmen und Proteste. So verübten rechtsextreme Täter im August 1980 einen Brandanschlag auf ein Heim für die vietnamesischen Geflüchteten. Daneben äußerten sich auch linke Aktivist:innen kritisch gegen ihre ungleiche Behandlung gemessen an anderen Asylsuchenden. Dementsprechend forderten sie eine allgemein offenere Flüchtlingspolitik.

### **Ein Vorzeigemodell der Integration?**

Mitte der 2010er lebten in Deutschland über 150.000 Menschen vietnamesischer Abstammung. Neben den ehemaligen „Boat People“ und ihren Nachkommen zählen dazu unter anderem auch die Familien der ehemaligen, vietnamesischen Vertragsarbeiter:innen in der DDR. Im Vergleich zu der Aufnahme und Unterstützung der „Boat People“ sehen sich andere Menschen mit vietnamesischem Hintergrund bis heute oft höhere Hürden bei ihrer Integration gestellt. Insgesamt jedoch gilt der durchschnittliche

Bildungsstand der Bevölkerung mit vietnamesischem Hintergrund als überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus existieren bis heute verschiedene, vietnamesische Projekte und Institutionen, wie die Vietnam Community Stuttgart, die sich um die deutsch-vietnamesische Verständigung bemühen.

Sicherlich ist die insgesamt erfolgreiche Integration der vietnamesischen „Boat People“ nicht zuletzt eng mit dem spezifischen Kontext des Kalten Krieges und mit der polarisierenden Medienberichterstattung verknüpft. Klar ist auch, dass Integration ein vielschichtiger Prozess ist, der sich nicht an einem einzelnen Faktor wie dem durchschnittlichen Bildungsstand messen lässt. Dabei sind von beiden Seiten – der neuen Community wie der Mehrheitsgesellschaft – Toleranz, eine große Ausdauer und Solidarität notwendig. Ohne diese wäre auch die unbürokratische und schnelle Aufnahme der „Boat People“ nicht möglich gewesen. Als Vorbild für eine gelungene Integration von Geflüchteten kann die Rettung der vietnamesischen „Boat People“ demnach bis heute gelten. ■

**Ines Schröder** studiert Public History an der Freien Universität Berlin und arbeitet als studentische Hilfskraft in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

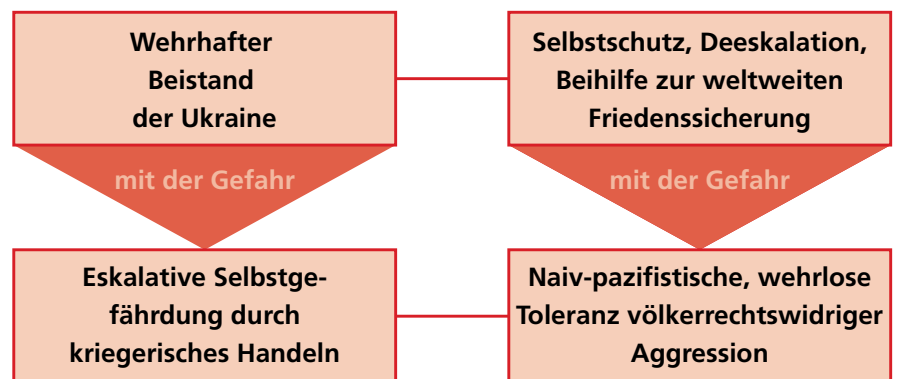
Friedemann Schulz von Thun

# Gedanken zum Ukraine-Krieg und der Kommunikation im Dilemma

Der vernichtende Angriff auf die Ukraine hat hierzulande eine pazifistische Erschütterung ausgelöst und eine „Zeitenwende“ eingeleitet. Wie sollen wir (NATO, EU, Deutschland) darauf reagieren? Im Unterschied zu manchen Problemen, für die es zuweilen eine ideale Lösung gibt, befinden wir uns in einem Dilemma – das ist im öffentlichen Bewusstsein weithin erkannt. Das Wesen eines Dilemmas besteht darin, dass zwei unabdingbare Prinzipien gegeneinander stehen, hier:

1. Der Ukraine unbedingt beistehen, mit aller Kraft und Entschiedenheit – mit Sanktionen, die den Angreifer schwächen, mit Geld, mit Flüchtlingshilfe, mit Worten und nicht zuletzt mit Waffen!
2. Den labilen Frieden in Europa und der Welt so schnell wie möglich wieder herstellen, um Himmels Willen keine Eskalation riskieren, womöglich einen Dritten Weltkrieg, womöglich mit atomarer Totalvernichtung!

Zum Wesen eines Dilemmas gehört es, dass die beiden wertegeleiteten Imperative sich nicht harmonisch miteinander vertragen. Wer den einen Imperativ verabsolutiert und den Gegenimperativ ausblendet, läuft sofort Gefahr, mit reiner Gesinnung in ein Desaster zu kippen – und umgekehrt! Die Außenministerin Annalena Baerbock hat von einer Wahl „zwischen Pest und Cholera“ gesprochen. Die Pest: im solidarischen Über-eifer mit dem angegriffenen Opfer eine existenzielle Selbstgefährdung bis hin zu einem atomaren Weltkrieg riskieren und „in Kauf nehmen“ – alles vor dem Hintergrund eines Aggressors, der Anlass zu dem Verdacht gibt, unberechenbar geworden zu sein, und den Finger in demonstrativer Andeutung auf den roten Knopf legt. – Die Cholera: das angegriffene Opfer dem Schicksal des Schwächeren überlassen, den Völkerrechtsbruch mit pazifistischem Appeasement hinnehmen und nicht nur wegen unterlassener Hilfeleistung moralisch schuldig zu werden, sondern auch den Frieden auf eigenem Ge-



WQ Abb. 1: Die Gestalt des Dilemmas

biet zu gefährden, sobald sich mörderische Gewalt als Erfolgsmodell erweist.

So weit, so verwickelt und brenzlich. Unser Wertequadrat (WQ Abb.1) macht zunächst einmal diese Dilemmahaftigkeit sichtbar. Oben stehen die beiden moralischen Imperative neben- und gegeneinander, jeweils darunter die Gefahr des Abrutschens in ein Desaster durch einseitige Verabsolutierung.

Es ist offensichtlich, dass unser Kanzler und unsere Regierung dilemmabewusst abwägen, entscheiden und handeln, meist auch dilemmabewusst kommunizieren. In dem Bemühen, sowohl Pest als auch Cholera zu vermeiden, suchen sie nach einer balancierenden Integration beider Imperative – durchaus im Bewusstsein, dadurch beiden etwas schuldig zu bleiben. Diese integrale Politik lautet derzeit: Wir helfen mit Geld und Flüchtlingshilfe, mit Sanktionen, auch wenn sie uns selbst wehtun, mit moralischer Unterstützung demonstrativer Solidarität, auch mit Kriegsgerät und schwerer Ausrüstung – jedoch treten wir nicht selbst in den Krieg ein, auch nicht durch Schließung des Luftraumes, wir unterlassen Sanktionen, die unsere eigene Stabilität mehr gefährden als die des Gegners (kein Gasembargo, jedenfalls nicht kurzfristig), wir liefern nur so viele Waffen, wie wir unter Wahrung eigener Verteidigungskapazität entbehren können, und wir erfüllen jede Forderung der Ukraine

nur in Absprache und im Einklang mit den eigenen Verbündeten.

So weit, so gut! Oder so schlecht, wenn man bedenkt, dass man bei dilemmabewussten Entscheidungen immer doppelt schuldig bleibt, nämlich auf beiden Seiten. Dies liefert den Anlass für manche gute Debatte und zuweilen für manche ungute Polarisierung. Es kann nämlich nicht ausbleiben, dass jemand der einen wertbetonten Seite mehr Gewicht gibt als der anderen. Und dann neigen die Kontrahenten dazu, ihre eigene Bevorzugung im Wertehimmel (oben im Wertequadrat) zu verorten, hingegen die des Meinungsgegners im Pest- und Cholerakeller der moralischen Minderwertigkeit und/oder des Irreseins. So entstehen die typischen Vorwurfsrichtungen im Wertequadrat von oben links nach unten rechts bzw. von oben rechts nach unten links (WQ Abb.2).

Wer im Zweifel dem entschlossenen Beistand den Vorrang gibt, attackiert die Anwälte des Selbst- und Weltenschutzes etwa mit den Worten: „Ihr seid naiv-pazifistisch aus der Zeit gefallen! Feige Appeasement-Politik hat noch nie einem Aggressor Einhalt geboten! Ihr seid um euren Wohlstand besorgt, Hauptsache, ihr habt es schön warm in eurem Wohnzimmer, nicht wahr? Und den Ukrainern, die täglich sterben müssen oder im Bombenhagel ums Überleben

Alle Grafiken: Vorlagen vom Autor / Umsetzung Alexander Atanassow



WQ Abb. 2: Die Vorwurfsrichtungen

kämpfen, wollt ihr tüchtig die Daumen drücken – oder aber ihnen nahelegen zu kapitulieren.“ **Moralkeule A**

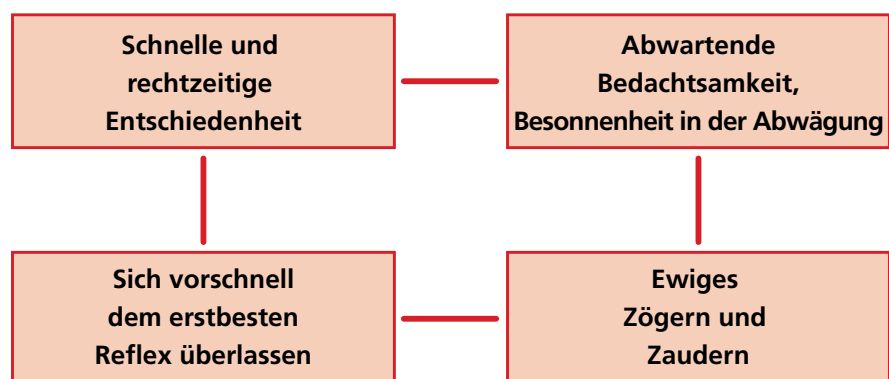
Und wer dem Selbst- und Weltenschutz den Vorrang gibt, wirft den Anwälten des „Beistands ohne Wenn und Aber“ eine Harakiri-Mentalität vor: „Ihr gefällt euch in einem neuen heroischen Militarismus, mit immer mehr Waffen eskaliert ihr den Krieg, nehmt viele weitere Tote in Kauf, statt diplomatisch einzulenken. Schon vergessen: Frieden schaffen ohne Waffen!? Und was sagt ihr euren Kindern, wenn in einem Weltkrieg alles in Schutt und Asche zerfällt? „Dieses Risiko war so nicht vorhersehbar – wir haben es für extrem unwahrscheinlich gehalten, dass Putin ein Selbstmörder ist!“ **Moralkeule B**

Nicht selten müssen die politisch Verantwortlichen gleich beide Keulen ertragen, aus zwei Richtungen vorgetragen. Der Kanzler erhält offene Briefe und heftige Vorhaltungen von beiden Seiten. Und dies nicht, obwohl sie eine integrale Politik anstreben, einen Balanceakt auf des Messers Schneide, sondern gerade weil sie es tun. Sie sind dann gut beraten, dilemmabewusst zu kommunizieren. Müsse er sich nicht schämen, so wurde der Bundeskanzler im Interview gefragt, wenn er die russische Kriegskasse täglich mit vielen hundert Millionen auffülle, nur damit wir es in Deutschland schön warm haben und die deutsche Wirtschaft weiterhin floriere – während die Ukrainer, Frauen, Kinder, Soldaten sterben und vom ganzen Land nichts Heiles mehr übrig bleibe? Er hätte dann antworten können: „Ja, indem wir weiter Gas aus Russland kaufen, laden wir eine Schuld auf uns, da wir den Aggressor Tag für Tag weiter finanzieren. Es ist schwer und wird mit jedem Tag schwerer, mit dieser Schuld zu leben.

Würden wir hingegen abrupt damit aufhören, müssten wir mit einer anderen Schuld leben: dass wir die Verhältnisse hierzulande instabil werden lassen und große wirtschaftliche und gesellschaftliche Verwerfungen riskieren, ohne den Aggressor damit wirklich stoppen zu können. Für mich als deutschen Bundeskanzler, der geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wiegt diese Schuld schwerer, und daher darf und will ich es nicht verantworten, jedenfalls noch nicht – wir streben in diese Richtung. Mir ist bewusst, dass diese Entscheidung schmerzlich ist und vehement kritisiert werden kann – aber ich halte sie für richtig, jedenfalls wenn wir gleichzeitig unseren Beistand auf anderen, unmittelbar wirksamen Ebenen entschlossen fortsetzen und noch weiter erhöhen – und das tun wir.“

Kanzler Scholz wird gegenwärtig nicht nur wegen kryptischer und ausweichender Kommunikation kritisiert, sondern auch als unentschlossener Zögerer und Zauderer vorgeführt – von der Opposition und von einem Teil der Medien: Warum er diese und jene Entscheidung nicht schon vor Wochen getroffen habe, diesen oder jenen Satz nicht schon vorgestern ausgesprochen habe? Hier tritt uns ein weiteres Wertequadrat vor

WQ Abb. 3: Entscheidungs-Modus



Augen, das nicht die Entscheidungen selbst betrifft, sondern den Modus der Entscheidungsbildung (WQ Abb.3):

Auch hier rivalisieren zwei wichtige Qualitäten miteinander, ringen zwei ungleiche „Schwestertugenden“ um einen guten Ausgleich. Rasche und rechtzeitige Entschiedenheit – ja unbedingt, sonst kann man viel wertvolle Zeit verlieren und riskiert weiteres Blutvergießen! Aber unbedingt auch Besonnenheit in der Abwägung – es sind schließlich viele Kriterien zu überprüfen, um Möglichkeiten und Wirkungswahrscheinlichkeiten, Chancen und Gefahren einer Maßnahme richtig einzuschätzen; es sind auch viele Abstimmungen innerhalb der Koalition, innerhalb der EU, der NATO vorzunehmen, um Entschlossenheit und Geschlossenheit sicherzustellen. Wer nur die eine Tugend (oben links) kennt, landet wahrscheinlich in einer vorschnellen Selbstgewissheit und muss womöglich später feststellen, manches nicht bedacht oder falsch eingeschätzt zu haben. Wer nur die andere Tugend (oben rechts) kennt, handelt womöglich zu spät und muss sich, wie der Kanzler, ewiges Zögern und Zaudern vorwerfen lassen. Er weist dies von sich, weist darauf hin, nach sachlicher Klärung und notwendiger Abstimmung jeweils sofort entschieden zu haben. Er könnte auch, mit dem Wertequadrat im Hinterkopf, antworten: „Ihr Ideal scheint die schnelle Entschiedenheit und Entschlossenheit zu sein. Dies ist auch mein Ideal, aber ich habe noch gleichzeitig ein anderes, nämlich jede Entscheidung von großer Tragweite gründlich zu durchdenken und in Abwägung aller Möglichkeiten, Chancen und Gefahren, Kosten und Risiken schlussendlich nach bestem Wissen und Gewissen zu treffen. Eine fortwährende Nachdenklichkeit auf dem Balanceseil scheint mir unbedingt geboten, um nicht dem erstbesten Reflex zu folgen, der uns verlockt, in falscher Selbstgewiss- »

» heit das vermeintlich einzig Richtige zu tun. Wenn Sie das ‚Zögern und Zaudern‘ nennen, ist das eine etwas lieblose Charakterisierung, und es treffen aus meiner Sicht der Dinge nicht alle Umstände zusammen, die diese Beschreibung als zutreffend erscheinen lassen.“

Mit dem „Wertequadrat im Hinterkopf“ können wir politische Entscheidungen und Debatten klarer einschätzen. Es erleichtert auch eine Empathie mit den politisch Verantwortlichen, für die ich in solchen Krisenzeiten dringend plädieren möchte – die meisten von uns wollen nicht in ihrer Haut stecken. Und es kann den streitbaren Dialog

sachlich klarer und menschlich verständlicher werden lassen. Statt einer gegenseitigen Verächtlichkeit können sich Meinungsgegner mit unterschiedlichen Standpunkten als Ergänzungspartner entdecken, getreu dem dialogischen Credo, dass die Wahrheit zu zweit beginnt. Dies eröffnet die Aussicht auf integrale Lösungen jenseits von Pest und Cholera. ■

➤ **Prof. Dr. Dr. h.c. Friedemann Schulz von Thun** ist Kommunikationspsychologe und Gründer des Schulz von Thun Instituts für Kommunikation in Hamburg. Gemeinsam mit Prof. Dr. Bernhard Pörksen ist er Träger des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ 2021. Lesen Sie auch das Interview auf Seite 7.

Wolfgang Benz

## Denkmal für den Widerstand der Zeugen Jehovas

Der Goldfischteich im Berliner Tiergarten war ein Ort des Widerstands gegen das NS-Regime. Dort betrieb Ernst Varduhn, von Beruf Kraftfahrer, eine Stuhlvermittlung. Varduhn war in leitender Position bei Jehovas Zeugen engagiert. Sein Gewerbe bot den unverfänglichen Ort als zentralen Treffpunkt, an dem Flugschriften gegen den Nationalsozialismus an Kurier übergeben wurden. Am 22. August 1936 fand eine Razzia statt. Ernst Varduhn wurde festgenommen, in verschiedenen Gefängnissen und den KZ Columbiahaus und Sachsenhausen drangsaliert, 1937 von einem Sondergericht verurteilt, als Invalide schließlich aus der Haft entlassen.

Bei der Razzia wurde auch Hildegard Seliger verhaftet, als Zeugin Jehovas verurteilt und nach dem Gefängnisarrest ins KZ deportiert. In Ravensbrück wurde sie bis 1945 schikaniert, weil sie sich weigerte, Hitlerreden zu lauschen, das Horst-Wessel-Lied stehend anzuhören oder Uniformen für die Wehrmacht zu nähen.

Jehovas Zeugen waren die einzige religiöse Gemeinschaft, die geschlossen und kon-



Gedenkstein für den am 2. Dezember 1944 im KZ Neuengamme an den Haftfolgen gestorbenen Erwin Wehmeier, Mitglied der Zeugen Jehovas.

sequent aus ihrem Glauben heraus Widerstand gegen den Nationalsozialismus leistete. Die Bibelchristen zählten in Deutschland etwa 25.000 Seelen. Weil sie den Hitlergruß und den Eid auf den „Führer“, den Wehrdienst und jegliche Tätigkeit in der Rüs-

tungsproduktion verweigerten, wurden die Zeugen Jehovas, die sich ursprünglich „Ernst-Bibelforscher“ nannten, vom NS-Regime verboten und verfolgt, ab 1933 im Deutschen Reich, später auch in den Gebieten unter deutscher Herrschaft oder deutschem

Foto: Coreyjo/Wikimedia Commons



KZ-Kennzeichnung „Bibelforscher“.

Einfluss. Die Nationalsozialisten diffamierten die unerwünschte Glaubensgemeinschaft (unter Beifall aus den Reihen katholischer Kirchenfürsten und protestantischer Amtskirchen) als Helfer des Kommunismus und stigmatisierten sie als angeblich jüdische Sekte. Die Diskriminierung überdauerte den Zusammenbruch des Hitlerstaats. In der DDR galten Jehovas Zeugen bald wieder als Feinde, 1950 wurden sie verboten und ihrer Freiheit beraubt.

Etwa 14.000 Zeugen Jehovas – Männer, Frauen und Kinder –, die sich zu ihrem Glauben bekannten und von ihrer Überzeugung auch unter Druck nicht abwichen, wurden in Hitlerdeutschland verfolgt. Religiöse Aktivitäten und der Verkündigungsdienst waren untersagt, aber nicht zu verhindern. Militärgerichte verurteilten Glaubensbrüder wegen Kriegsdienstverweigerung. Sondergerichte strafte die Bibelforscher, Männer wie Frauen, als Staatsfeind, wenn sie ihrer religiösen

Stolperstein zur Erinnerung und Mahnung an die Ermordung eines Zeugen Jehovas aus Berlin.



Foto: Axel Mauruszat/Wikimedia Commons

Überzeugung nicht abschworen. Dem diente ein NS-Gesetz gegen „Heimtücke“. Funktionsträger und „Wiederholungstäter“ wies die Gestapo in Konzentrationslager ein.

Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas waren aber nicht nur Opfer, weil sie öffentlich als Gemeinschaft und privat als Individuen Widerstand gegen die Ideologie des Nationalsozialismus leisteten. 30.000 Protestbriefe aus aller Welt verurteilten 1934 das Hitlerregime. Eine Flugblatt-Aktion erregte 1937 Aufsehen. Zeugen Jehovas solidarisierten sich auch mit anderen Opfergruppen und leisteten Hilfe. Zeugen Jehovas gewährten ihren jüdischen Nachbarn und Freunden Beistand, sahen nicht weg wie die Mehrheit der Christen, sondern boten verfolgten Juden als Mitmenschen Unterkunft und Nahrung, versteckten sie und halfen ihnen bei der Flucht.

Dagobert Lewin war 19 Jahre alt, als im Frühjahr 1942 seine Eltern deportiert wurden. Dagobert ging in den Untergrund und war als illegal in Berlin lebender Jude auf Hilfe angewiesen. Nur wenige waren bereit, ihm mehr als eine Nacht Obdach zu gewähren. In der Autowerkstatt des Ehepaares Stoltze, das der Glaubensgemeinschaft Jehovas Zeugen angehörte, wurde er aufgenommen, bekam einen Schlafplatz und drei Mahlzeiten täglich. Drei Monate lang, bis die SS die Werkstatt requirierte. Dann beschäftigte ihn Oskar Klimt, ebenfalls Jehovas Zeuge, längere Zeit. Die Bibelchristen Franz und Emma Gumz versteckten in ihrer Wä-

scherei die später berühmteste Berliner Jüdin im Untergrund, Inge Deutschkron, und deren Mutter.

Wohl als letzte Opfergruppe begehren die Zeugen Jehovas Jahrzehnte nach ihrer Verfolgung ein Denkmal, das an die Leiden und ihren Widerstand erinnert. Im Berliner Bezirk Tiergarten soll es errichtet werden und damit die Zugehörigkeit zu den anderen Opfern des Nationalsozialismus betonen, die im Gefolge des Denkmals für die ermordeten Juden Europas dort monumentale Erinnerungszeichen haben: Homosexuelle, Sinti und Roma, Opfer der „Euthanasie“ ...

Das erhoffte Memento entspricht in der Dimension dem bescheidenen Auftreten derer, die es errichten wollen. Auf wenig mehr als einem Quadratmeter öffentlichen Grundes an der Straße des 17. Juni soll sich eine Skulptur viereinhalb Meter hoch erheben. Der Ort ist authentisch, nahe dem Goldfischteich, an dem die Bibelchristen Widerstand leisteten. Die Mittel für das Denkmal stehen längst bereit, aber nach jahrelanger quälender Diskussion der politischen Entscheidungselite über den Standort – die einen hielten Marzahn für den richtigen Platz, andere plädierten für die Marginalisierung im künftigen Dokumentationszentrum deutscher Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg – ist nichts geschehen. Abgesehen davon, dass das Thema nicht an beliebige Orte passt, wäre es wieder für längere Zeit vom Tisch. So wie es am Ende der vorigen Legislaturperiode von der parlamentarischen Agenda im Bundestag plötzlich verschwand.

Die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas ist bei vielen auch heute noch unbeliebt. In Verfolgung ihrer Glaubensgrundsätze sind Jehovas Zeugen unbeirrbar und auch penetrant. Das gilt aber auch für andere Religionsgemeinschaften. Das Verhalten der Zeugen Jehovas unterschied sich im Unrechtsstaat jedoch sehr deutlich von den beiden großen Amtskirchen und der Mehrheit der Deutschen. Deshalb wäre die Verweigerung des Denkmals im öffentlichen Raum als Anerkennung ihrer Haltung im Unrechtsstaat, auch nur die weitere Verzögerung des Erinnerns an die Verfolgung und das tapferen Widerstehen der Zeugen Jehovas nicht nur unverständlich, sondern unwürdig. ■

**Prof. Dr. Wolfgang Benz** ist Historiker und ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung sowie Träger des Preises Gegen Vergessen Für Demokratie.

Amat Al-Aziz Brenn und Liane Czeremin

# Über die Ungleichbehandlung von Geflüchteten

**Der Überfall russischer Truppen auf die Ukraine am 24. Februar hat in Deutschland zu einer großen Solidarisierung der Bevölkerung mit den angegriffenen Ukrainer:innen geführt – quer durch das gesamte politische Spektrum. Selbst ansonsten migrationskritische Stimmen forderten**

**Unterstützung für ukrainische Geflüchtete ein. Durch die erstmalige Aktivierung der „Massenzustromrichtlinie“ wurde den neu Ankommenden aus der Ukraine außerdem von Behördenseite vieles erleichtert. Seit Juli 2022 haben sie auch Anspruch auf ALG II nach dem Hartz-IV-Gesetz.**

Jedoch: Viele geflüchtete Menschen, die 2015 aus anderen Ländern in Deutschland ankamen, beobachteten im aktuellen Verhalten von Behörden und Bevölkerung einen großen Kontrast zu dem, was sie selbst nach ihrer eigenen Ankunft erfahren haben und teilweise noch immer erleben. Ähnlich geht es Menschen, die aus Drittstaaten in die Ukraine eingewandert waren und nun ebenfalls vor dem Krieg nach Deutschland geflohen sind. Der Journalist und Filmemacher Sulaiman Tadmory kam 2015 aus Syrien nach Deutschland und berichtete nun für den NDR und das Funkformat STRG\_F als Reporter über die neuen Fluchtbewegungen aus der Ukraine. Er resümiert:

*„Für Ukrainer:innen gelten ganz andere Standards. Sie müssen keine langwierigen Asylverfahren durchlaufen, ihnen stehen eine Vielzahl an Unterkünften zur Verfü-*

*gung, sie müssen auch nicht auf Studienplätze warten. All das passiert heute, während andere Flüchtlinge es mitverfolgen und ihnen parallel dazu eben diese Chancen, Möglichkeiten und Hilfen verwehrt bleiben.“*

## Ungleiche Bedingungen befördern Vorurteile

Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn war es für Ukrainer:innen möglich, ihr Studium an deutschen Universitäten fortzuführen. Ein bemerkenswerter Schritt im Vergleich zu den langwierigen Anerkennungs- und Vorbereitungsprozessen, die Geflüchtete aus anderen Ländern zu durchlaufen haben. Diese Ungleichbehandlung wirkt sich auch auf die Fremdwahrnehmung geflüchteter Schwarzer und People of Color in Deutschland aus, erklärt Jeff Kwasi Klein, Projektleiter bei

Each One Teach One e.V. und Vorstandsmitglied des Migrationsrats Berlin. Klein veranschaulicht die Problematik an einem Beispiel:

*„Wir können beobachten, wie Geflüchtete mit ukrainischer Staatsbürgerschaft unproblematisch Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, wohingegen Geflüchtete, die nicht aus der Ukraine stammen, oder sogenannte Drittstaatler:innen keinen unmittelbaren Zugang erhalten. Das schafft in der Gesellschaft ein falsches Bild: dass die einen arbeiten wollen und die anderen nicht. Diese ohnehin existierenden Vorurteile finden durch die Schlechterstellung eine Bestätigung, die aus einer konstruierten Situation stammt.“*

Die Folgen einer solchen Dynamik könnten laut Klein auf der einen Seite eine Entsolidarisierung der deutschen Gesellschaft mit nicht-ukrainischen Geflüchteten be-

Aus Seenot gerettete Menschen 2015, ...



Fotos: flickr / Irish Defence Forces; Wikipedia/Leonhard Lenz





Sulaiman Tadmory ist 2015 aus Syrien geflohen. Nun hat er als Reporter für den NDR von der ukrainischen Grenze berichtet.

deuten. Auf der anderen Seite erzeugten sie ein wachsendes Misstrauen innerhalb der betroffenen Communities gegenüber der deutschen Migrationspolitik.

### Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Auch die Selbstverständlichkeit, mit der viele in Deutschland in diesem Jahr ihre Wohnungen für ukrainische Geflüchtete öffneten, hinterlässt bei denjenigen, die in der Vergangenheit andere Erfahrungen gemacht haben, oft einen bitteren Nachgeschmack. Besonders Menschen mit arabischem oder türkischem Namen sind auf dem Wohnungsmarkt oft von Diskriminierung betroffen, wie 2017 auch eine Studie in Kooperation mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ gezeigt hat. Journalist Sulaiman Tadmory:

„Es bleibt für Geflüchtete weiterhin schwie-

*rig, eine geeignete Wohnung zu finden. Auch für diejenigen, die bereits länger hier sind und einem Beruf oder einer Ausbildung nachgehen. Das habe ich in eigenen Recherchen dokumentiert.“*

Laut Tadmory sind verschiedene Faktoren dafür ausschlaggebend, dass die Mehrheitsbevölkerung Ukrainer:innen offener begegnet als anderen Geflüchteten: zum einen die geografische und damit subjektiv wahrgenommene Nähe zu den Betroffenen. Hinzu kommt, dass anders als bei der demografischen Zusammensetzung anderer Fluchtbewegungen, die oftmals aus der erhöhten Gefahrenlage während der Flucht resultiert, nun vor allem Frauen und Kinder in den Zielländern ankommen. Auch psychologisch sei die erhöhte Hilfsbereitschaft in Deutschland erklärbar, da das ähnliche Aussehen der Ukrainer:innen und eine vermeintlich gleiche Kultur zu erhöhter Empathie führe. Für Tadmory stecken hinter diesen Mechanismen rassistische Denkweisen, wenn auch unbewusst:

*„Aus dieser Denkweise resultiert ein System Geflüchteter erster Klasse – denen mit blonden Haaren und blauen Augen – und Menschen zweiter Klasse. Dabei wird behauptet, alle Menschen seien gleich. Faktisch stimmt das nicht, weder gesellschaftlich noch politisch, denn es gibt eine Politik für Ukrainer:innen und eine für Geflüchtete. Eine einheitliche Politik für alle Geflüchteten gibt es nicht.“*



Projektleiter Jeff Kwasi Klein vom Verein „Each One Teach One“ befürchtet eine Entsolidarisierung gegenüber nicht-ukrainischen Geflüchteten.

### Unterschiedliche Status gab es schon immer

Migrationsforscher:innen weisen darauf hin, dass es eine unterschiedliche Behandlung von geflüchteten Menschen schon immer gegeben habe. J. Olaf Kleist, Co-Leiter der Fachgruppe Demokratie, Transfer und Politikberatung beim Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), sagte im Interview mit dem Deutschlandfunk Kultur:

*„Zum Flüchtlingsschutz hat es immer dazugehört, dass man verschiedene Kategorien von Geflüchteten mit verschiedenen Rechten hatte.“*

Diese Kategorisierung könne ungerecht wirken, aber auch einfach der Anpassung an Verwaltungsnotwendigkeiten geschuldet sein. Im Falle der Flüchtenden aus der Ukraine sei die Aktivierung der Massen-»

... ankommende Ukrainer:innen im März 2022 am Berliner Hauptbahnhof: Es gelten unterschiedliche Standards.



» zuströmrichtlinie aus einer Notwendigkeit heraus entstanden. In der Ukraine sei zudem – so Kleist im selben Interview – die Ausgangslage eine andere. Bereits vor dem Krieg durften Menschen aus der Ukraine visafrei nach Deutschland reisen, Syrer:innen zum Beispiel nicht.

### Politische Interessenlage beeinflusst Umgang mit Geflüchteten

Überdies spielt die politische Interessenlage selbstverständlich in die Art und Weise herein, wie mit Geflüchteten umgegangen wird. So war es aus historischen Gründen in den 1990er Jahren Deutschland ein besonderes Anliegen, jüdische Migrant:innen aufzunehmen, die in ihren Herkunftsstaaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion neu aufflackerndem Antisemitismus ausgesetzt waren. Als sogenannte „Kontingentflüchtlinge“ erhielten sie einen besseren Status als andere Asylbewerber:innen.

Auch Menschen, die ab 1993 aufgrund des Bosnienkrieges nach Deutschland kamen, mussten sich in den meisten Fällen keinem individuellen Asylverfahren stellen, sondern bekamen als Bürgerkriegsflüchtlinge durch ein damals neues Gesetz (Paragraf 32a des Ausländergesetzes) automatisch eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis, inklusive Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen. In diesem Fall mussten allerdings die meisten nach Ende der Kriegshandlungen Deutschland wieder verlassen, abgesehen von wenigen Härtefällen. Grund dafür war eine weitere Gesetzesänderung. Von insgesamt 350.000 Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien blieben laut dem Europäischen Forum für Migrationsstudien weniger als 20.000 in Deutschland. Ganz anders lief es damals in Österreich, wo die meisten der geflüchteten Bosnier:innen auch nach dem Krieg bleiben durften.

Neben den politischen Interessenlagen sind auch die Signale von Bedeutung, die vom Ankunftsort der Flüchtlinge aus in die Herkunftsländer gesendet werden. Wird es den Ankommenden schwer gemacht,

wird oft argumentiert, dahinter stehe der Gedanke, andere Menschen davon abhalten zu wollen, sich ebenfalls auf den gefährlichen Fluchtweg etwa über das Mittelmeer zu begeben.

### Folgen für die Migrationsgesellschaft

Dennoch stellt sich die Frage, ob ein neues, stabiles, vielfältiges „Wir“ in der Migrationsgesellschaft überhaupt entstehen kann, wenn ein Teil davon anhaltender Ungleichbehandlung ausgesetzt ist. Tadmory betont, seine Kritik an der Ungleichbehandlung entspringe keinem Neid. All die Möglichkeiten, die Ukrainer:innen geboten werden, seien notwendig und richtig. Nur seien sie auch für alle anderen Geflüchteten wünschenswert.

Ebenso weist Jeff Kwasi Klein darauf hin, dass besonders Drittstaatler:innen sich gerade in einer Situation rechtlicher Unsicherheit befinden, die es rasch zu überwinden gelte. Er plädiert deshalb für eine entsprechende Änderung des Gesetzes, das den Schutzstatus für ukrainische Geflüchtete sowie nicht-ukrainische Drittstaatsangehörige regelt. Dabei spiele es für Letztere eine besondere Rolle, ob eine Rückkehr in ein als sicher deklariertes Herkunftsland möglich sei:

*„Paragraf 24 des Aufenthaltsgesetzes müsste auch für alle sogenannten Drittstaatler:innen anwendbar sein. Das wäre ein Schritt, den das Innenministerium beschließen könnte, um der Ungleichbehandlung zumindest auf institutioneller Ebene entgegenzuwirken. Hierzu sind zum Beispiel Hamburg und Bremen schon Wege gegangen. Aber es kann nicht sein, dass ein föderaler Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen entsteht und sich der Bund seiner Verantwortung entzieht. Es muss eine Entscheidung getroffen werden, die flächendeckend gilt.“*

Teil der Betrachtung müsse auch eine weiterführende Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus sein. Das Wissen über dessen Erscheinungsformen und Auswirkungen sei gesamtgesellschaftlich noch immer zu gering. In der Arbeit der

Zivilgesellschaft sieht Jeff Kwasi Klein den größten Mehrwert im Beleuchten von Missständen und im Vorantreiben von Veränderungen:

*„Dass wir diese Problematiken gesellschaftlich betrachten müssen, hat sich jetzt auch wieder gezeigt, denn ohne Zivilgesellschaft wäre die Situation etwa von geflüchteten Schwarzen und People of Color gerade noch schwieriger.“*

Dies seien Schritte, die einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken können. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen allein könne jedoch nicht all das leisten, was es braucht, um einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erreichen. Klein: *„Der erste Schritt ist, erst einmal anzuerkennen, dass es diese Ungleichbehandlung gibt. Im nächsten Schritt geht es dann darum, von politischen Entscheidungsträger:innen einzufordern, diesen Zustand zu ändern.“*

In den betroffenen Communities ist die Diskussion über ein nötiges Ende der Ungleichbehandlung ein großes Thema. Doch auch in der Breite der Bevölkerung und auf der Ebene politischer Entscheidungen sollten diese Fragen zumindest gestellt werden. Letztendlich geht es darum, wie ernst das Vorhaben gemeint ist, in der Migrationsgesellschaft alle an einen Tisch zu holen. Nötig wäre hierfür eine ganz andere Diskussion um Asyl, als wir sie bisher kannten. ■

#### HINWEIS:

#### Interview mit Dr. J. Olaf Kleist von DeZIM

im Deutschlandfunk Kultur: Solidarität mit Geflüchteten – „Das Asylsystem in Europa steht auf der Kippe“, 1. Juni 2022, [online] [www.ardaudiothek.de/episode/interview-deutschlandfunk-kultur/solidaritaet-mit-gefluechteten-das-asylsystem-in-europa-steht-auf-der-kippe/deutschlandfunk-kultur/10551093/](http://www.ardaudiothek.de/episode/interview-deutschlandfunk-kultur/solidaritaet-mit-gefluechteten-das-asylsystem-in-europa-steht-auf-der-kippe/deutschlandfunk-kultur/10551093/) [14.07.2022].



**Amat Al-Aziz Brenn** studiert Politikwissenschaft an der Universität Rostock, engagiert sich in der Jungen Islamkonferenz und arbeitet als studentische Hilfskraft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**Liane Czeremin** ist Politikwissenschaftlerin und Fachleiterin für Demokratieentwicklung und Extremismusprävention bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Michael Parak

## Plan durchziehen?

Wie Bildungsformate in Großorganisationen tatsächlich wirken können

**Wer von außen kommt und Veränderung erreichen will, stößt häufig auf Abwehrreaktionen oder zumindest auf taube Ohren: Diese Erfahrung haben schon viele politische Bildnerinnen und Bildner machen müssen, die in Verbänden, Gemeinden oder andere große Organisationseinheiten gerufen wurden, um deren Mitglieder etwa für Rassismus**

**zu sensibilisieren oder den Umgang mit rechtsextremen Vorfällen zu verbessern. Zwei Einsichten, zu denen die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Laufe ihrer 20-jährigen Projekterfahrung gelangt ist, können dabei helfen, diese unsichtbaren Schranken in der Kommunikation durchlässiger zu machen.**

### I.

Es ist immer schwierig, in ein komplexes System einzugreifen. Doch kommt es auch auf die eigene Herangehensweise an, wie viel letztlich geht. Wer als Bildungsträger von außen neu in eine Organisation herinkommt und schon vorab einen festgezurrten Plan hat, was zu tun ist, und diesen Plan auch noch mit erhobenem Zeigefinger propagiert, wird scheitern.

Abgesehen davon, dass so ein Vorgehen pädagogisch zweifelhaft ist, fehlt schlicht die Macht, die eigene Agenda anderswo einfach durchzudrücken.

Wer etwas bewirken will, muss die jeweilige Organisation kennenlernen und sich auf ihre Abläufe, Funktionsweisen und Kommunikationsformen einstellen. Nötig ist ein Prozess, der auf gegenseitiger Perspektivenerweiterung beruht. Hierfür muss die Bildungsinstitution bereit sein, sich weiterzuentwickeln und selbst von denjenigen zu lernen, denen man das Bildungsangebot unterbreitet. Es geht um echtes Zusammenwirken auf partner-schaftlicher Ebene.

### Tür zur Veränderung

Um auf diese Weise eine Tür zur Veränderung aufzustoßen, helfen Erkenntnisse aus der systemischen Organisationsberatung weiter. Die zentrale Frage lautet: Wie können Veränderungsimpulse gesetzt werden, damit sie von der Organisation und ihren Beteiligten auch angenommen werden können? Einige Grundsätze dazu aus der systemischen Beratung sind diese:

**1.** Für die Kommunikation muss eine „sichere Basis“ geschaffen werden, das



Foto: DICV Münster

Abschluss der Qualifizierung zu Demokratieförder:innen im Diözesancaritasverband Münster am 20. Mai 2022.

heißt, es bedarf einer wertschätzenden, ressourcenorientierten Herangehensweise. Auf Problemlagen sollte lösungsorientiert und empathisch eingegangen werden.

**2.** Verbindende Elemente in der Zielsetzung beider Organisationen sollten benannt werden, auch wenn sich aus den gesellschaftlichen Rollen unterschiedliche Wege dahin ergeben haben.

**3.** Bedürfnisse und Wünsche aus den Organisationen sollten ernstgenommen und im Bildungsangebot berücksichtigt werden.

**4.** Auf dieser Basis können schließlich auch kritische Punkte angeschnitten werden, ohne das Gegenüber zu verschrecken. Man darf mutig sein und auch provokante Fragen stellen, um die Betroffenen mit Themen zu konfrontieren, die sie normalerweise vermeiden. Denn mit einer „Erzeugung von Insta-

bilität“ können eingefahrene Muster unterbrochen werden.

### II.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Flüchtigkeit einer politischen Bildung, die nur punktuell ansetzt. So gut ein Weiterbildungsangebot auch sein mag, irgendwann ist man als politischer Bildner wieder weg und die Organisation ist in der Problemlösung auf sich selbst gestellt. Das führt oft dazu, dass Erkenntnisse aus Fortbildungsangeboten oder einmaligen Workshops nach kurzer Zeit verhallen und die Abläufe weiter so bestehen, wie sie sich in langen Prozessen eingespielt haben: Systeme stoßen das ab, was von außen kommt und nicht zum Bisherigen passt.

### Stärkung von Schlüsselpersonen

Deshalb ist es sinnvoll, bei den Kompetenzen von Schlüsselpersonen aus der Organisation anzusetzen und sie nachhaltig zu stärken. Anders ausgedrückt: »

» Die vermittelten Kompetenzen werden in den Organisationsstrukturen über feste Ansprechpersonen auf Dauer etabliert. Es geht hier um Menschen, die in den Strukturen ihrer Organisation zu Hause sind und über Ansehen in der Kollegen-schaft verfügen. Ihnen wird in der Weiterbildung das nötige Handwerkszeug vermittelt, damit sie später selbst ein wirkmächtiges Vorgehen für die Stärkung demokratischer Werte in der Organisation entwickeln können.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wendet dieses Prinzip mittlerweile seit Jahren erfolgreich in mehreren Projekten an:

- Im Programm **Zusammenhalt durch Teilhabe** des Bundesministeriums des Innern hat Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seit 2012 in einer ersten Phase die Ausbildung von Demokratietrainerinnen und Demokratietrainern in allen ostdeutschen Landessportver-

bänden begleitet. Inzwischen sind über dasselbe Programm außerdem 250 Frauen und Männer aus unterschiedlichen Verbänden weitergebildet und begleitet worden, zum Beispiel aus dem Landesfeuerwehrverband Bayern e.V., dem Caritasverband für die Diözese Münster, der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein, der THW-Jugend Schleswig-Holstein e.V. und dem Paritätischen Landesverband Thüringen e.V.

- Bundesweit bestehen rund 330 Partnerschaften für Demokratie in Landkreisen und Städten: davon wurden allein im Jahr 2021 Mitarbeitende aus 106 Partnerschaften für Demokratie mit Fortbildungsangeboten erreicht. Diese Weiterbildungen geschehen seit 2015 im Rahmen des Programms „**Demokratie leben!**“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

- In der **Polizei Niedersachsen** werden innerhalb von drei Jahren 100 Strategie-pattinnen und -paten für Demokratie ausgebildet, die anschließend jeweils zu zweit in jeder größeren Organisa-tionseinheit der niedersächsischen Poli-zei dauerhaft in diesem Themenbereich eingesetzt werden und dort als An-sprechpersonen fungieren.

Allen Projekten ist der positive Ansatz ge-mein, der hinter den Ausbildungen von Demokratiebeauftragten steckt. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geht nicht defizitorientiert vor. Die Teilneh-menden werden stattdessen in ihrem vorhandenen Demokratiebewusstsein ge-stärkt, ihre Fähigkeiten und Ressourcen vor Ort werden reflektiert, damit sie auf dieser Grundlage und mithilfe der von uns mitgegebenen methodischen Werk-zeuge in ihren Strukturen besser mit den-jenigen umgehen können, die feindlich gegenüber den Werten der Verfassung eingestellt sind. ■

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

## Personelle Veränderungen in den Regionalen Arbeitsgruppen

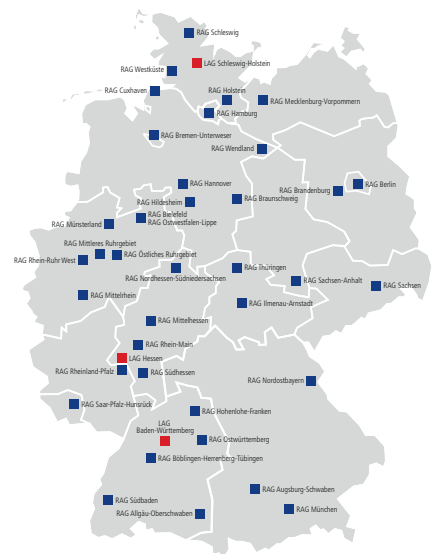
Auch wenn die ehrenamtliche Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in den vergangenen Monaten durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt wurde, ist in den Regionalen Arbeitsgruppen (RAGs) einiges in Bewegung geblieben. Auch personell gab es zuletzt einige Neuerungen. So haben sich in Braunschweig und Hildesheim zwei neue RAGs gegründet. Sprecher sind hier Christoph Bierschwale (Hildesheim) sowie Dr. Christina Mätzing und Prof. Dr. Dieter Dowe (Braunschweig).

In Cuxhaven, Mittelhessen und Hannover gab es überdies Staffelübergaben: Erika Fischer hat ihn in Cuxhaven an Rüdiger Pawlowski weitergereicht, in Mittelhes-sen übernimmt Martina Hartmann-Menz von Monika Graulich das Amt. In Hanno-ver wird die RAG künftig von einem Spre-

chertrio geleitet: Dr. Jens Binner, Dr. Dirk Götting und Michael Pechel führen die Arbeit von Albrecht Pohle weiter.

In Böblingen-Herrenberg-Tübingen wird Dr. Harald Roth nun von Co-Sprecherin An-nette Simminger unterstützt. Eine aktuelle Übersicht über die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aller Regionalen Arbeitsgruppen befindet sich in der Mitte des Heftes, die Kontaktdaten sind außerdem auf der Homepage [www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de) unter dem Reiter „Vor Ort“ abgelegt.

In den kommenden Ausgaben der Zeitschrift Gegen Vergessen Für Demokratie werden die „Neuen“ Gelegenheit bekom-men, sich und ihre RAG in Form der be-währten Steckbriefe näher vorzustellen. ■



Gratik: Alexander Atanassow

## RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Annette Simminger

### „Wir sind jetzt hier“

Filmgespräch über das Ankommen sieben geflüchteter Männer in Deutschland

Zu einem Gespräch über den Dokumentarfilm „Wir sind jetzt hier“ von Niklas Schenck und Ronja von Wurmb-Seibel hatte die RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen gemeinsam mit dem Kooperationspartner, dem Fritz-Erler-Forum, im April ins Kino Waldhorn in Rottenburg eingeladen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die den Film der beiden Filmemacher\*innen in Auftrag gegeben und produziert hat, wirbt mit folgender Ausschreibung für den Film:

*Als 2015 mehr als 800.000 Geflüchtete nach Deutschland kamen, waren sie die Angstgegner aller Integrations-skeptiker\*innen: junge Männer, die allein aus Syrien oder Afghanistan, aus Somalia, Eritrea oder dem Irak nach Deutschland kamen. Sie wurden zur Projektionsfläche ebenso für ernsthafte Sorgen wie für plumpen Rassismus. Zugleich wurde viel häufiger über sie gesprochen als mit ihnen – da setzt der Film „Wir sind jetzt hier“ an. Sieben junge Männer erzählen in die Kamera vom Ankommen in Deutschland – von lustigen und beglückenden Momenten und von Momenten tiefster Verzweiflung, von ihren Ängsten und wie sie mit ihnen umgegangen sind, von Rassismus und von der Liebe. Ihre Geschichten lassen die Zuschauer\*innen an den emotionalen Turbulenzen teilhaben, die eine Flucht fast immer nach sich zieht, und sie erzählen viel darüber, was es auch in den nächsten Jahren noch braucht, damit Integration gelingt.*

Trotz der nach wie vor recht hohen Inzidenzzahlen war die Veranstaltung sehr gut besucht und die Gäste äußerten sich beeindruckt über die Intensität des Films. Die Filmlänge von 45 Minuten erwies sich als ideal für eine Kombination mit anschließender Diskussion, bei der Badeeah Jazzaa und Saikou Suwareh auf dem



Foto: Elmar Bux

Auf dem Podium berichteten Badeeah Jazzaa (l.) und Saikou Suwareh von ihrer Ankunft in Deutschland. In der Mitte Moderatorin Anja Dargatz.

Podium saßen. Anja Dargatz, die Leiterin des Fritz-Erler-Forums in Stuttgart, moderierte und befragte diese beiden Geflüchteten aus der Region nach ihren Eindrücken zu dem Film und ihrem eigenen Erleben des Ankommens.

Badeeah Jazzaa ist mit einem politischen Programm nach Deutschland gekommen. Die junge Jesidin hat unter ihrem Autorinnennamen Badeeah Hassan Ahmed ein Buch mit dem Titel „Eine Höhle in den Wolken“ herausgebracht. Darin berichtet sie davon, wie der Islamische Staat (IS) ihr Dorf im Irak überfallen hat, wie sie, wie viele andere Mädchen und Frauen, nach Syrien verkauft wurde und dem IS schließlich entkam. Als Kind träumte sie davon, Ärztin zu werden. Hier in Deutschland macht sie nun nach Schulabschluss, Praktika und FSJ eine Ausbildung zur

Zahnarzthelferin. Ob sie dauerhaft hierbleiben wird? Das weiß sie nicht. Sie ist Mutter einer zweijährigen Tochter und ihr Mann hat noch keine Aufenthaltsgenehmigung. Welches ihr Lieblingswort im Deutschen sei, fragte Anja Dargatz die junge Frau. „Also“, erwiderte Badeeah Jazzaa lachend. Den Moment, in dem ihr wie selbstverständlich die Vokabel „also“ über die Lippen kam, in ihre deutschen Sätze einfluss, habe sie als einen Moment des Ankommens empfunden.

Saikou Suwareh mag das Wort „Engagement“. Er spricht es mehrmals voller Freude aus. Saikou Suwareh engagiert sich selbst. Er ist im Integrationsbeirat von Rottenburg und hat im März 2022 die Bürgermedaille der Stadt erhalten. 2014 war er aus Gambia nach Deutschland geflüchtet, in Mannheim kam er in »

» die Erstaufnahmestelle. Um dort anzukommen, ist er die Stadt kreuz und quer zu Fuß abgelaufen. Seine zweite Station in Deutschland wurde Rottenburg. Diese Kleinstadt leistete viel für seine Integration, aber auch für die anderer Gambier. Das hebt er gern hervor. In seinem Herkunftsland hat er als Medizintechniker gearbeitet. Das wollte er auch in Deutschland tun. So absolvierte er hier die Ausbildung und hat nun eine Stelle im Klinikverbund Südwest. Außerdem findet das Ankommen in Rottenburg, das merkte er, beim Mitmachen an der „Fasnet“ statt. Die Narrenzunft fand einen Platz in

ihrem „Omzug“ am Fasnetssonntag für die Gruppe der Männer aus Gambia, die mit einem Büffelkopf eindrucksvoll das Stadtbild bereicherten.

Der Film „Wir sind jetzt hier“ läuft nicht im Fernsehen und normalerweise nicht im Kino, denn, so Anja Dargatz, „wir wollen die Diskussion“. Um Geflüchteten eine Bühne zu bieten und sie in unsere Mitte zu nehmen, dabei hilft der Film in besonderer Weise. Er eignet sich dafür, in Schulen, bei Bildungsträgern und bei Veranstaltungen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. miteinander ins Ge-

spräch zu kommen. Dass durch den Krieg in der Ukraine das Thema des Ankommens wiederum ein hochaktuelles ist, macht solche Gespräche umso dringlicher. Ankommen gut zu gestalten, ist eine Aufgabe für uns alle. ■

**Annette Simminger** ist Historikerin, Buchhändlerin und Co-Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

## LAG Baden-Württemberg

Michael Kuckenburg

# Befehlsverweigerung rettete Tausende Soldaten

Vor 70 Jahren ist Botho Elster in Böblingen gestorben

**Das Reichskriegsgericht Torgau verurteilte den Generalmajor Botho Elster aus Böblingen am 7. März 1945 wegen „einer falsch verstandenen und gefährlichen Menschlichkeit“ zum Tode. Seine mutige Tat wird in Böblingen bis heute nicht gewürdigt.**

Elsters „Verbrechen“ bestand darin, dass er im September 1944 einen großen Teil der ihm unterstellten knapp 20.000 Männer vor der wahrscheinlichen Vernichtung rettete, indem er nicht wie befohlen „bis zum letzten Mann“ kämpfte (genauer: kämpfen ließ), sondern mitten in Frankreich vor der US-Army kapituliert. Das war in der Tat ein ungeheuerlicher und bis dahin einmaliger Vorgang. In Anbetracht der Lebensgeschichte Botho Elsters (1894–1952) kam er allerdings nicht überraschend.

Die vier Jahre des Ersten Weltkriegs erlebte er zunächst begeistert, später desillusioniert an der Front; anschließend trat er in die Hannoversche Landespolizei ein, Ende 1932 wurde er als Sachverständiger für das Polizeiwesen zum Völkerbund nach Genf entsandt, 1935 in die Wehrmacht



Botho Elster (1894–1952) als Oberstleutnant und Kommandant des 8. Panzerregiments Böblingen.

Quelle: Titelfoto „Die Grenzen des Gehorsams“

Auch im Zweiten Weltkrieg war er seit dem ersten Tag in Polen an der Front eingesetzt, sein Regiment leistete den entscheidenden Beitrag zur Eroberung der riesigen Zitadelle von Brest-Litowsk. Aber Botho Elster war danach bei den Nazis unten durch: Er hatte es gewagt, hilflos umherirrende Flüchtlinge mit seinen Wehrmachtswagen in Sicherheit zu bringen! Das wurde in seiner Personalakte mit einem geheimen Vermerk festgehalten, seine militärische Laufbahn bekam in der Folgezeit einen merklichen Knick. Wenig später wurde er nach Mont de Marsan tief im Südwesten Frankreichs ins Abseits gestellt.

### Hitlergegner ...

übernommen. Im Oktober 1938 erhielt er das Kommando über das Panzerregiment 8 in der Böblinger Panzerkaserne.

Botho Elster war von Anfang an Kritiker des NS-Regimes, jetzt wurde er zu einem entschiedenen – und aktiven – Gegner.



16. September 1944: Durch seine Kapitulation mitten in Frankreich bringt Botho Elster (links) 20.000 Soldaten in Gefangenschaft und damit in Sicherheit.

Bereits im Frühjahr 1942 sondierte er im Auftrag des Oberbefehlshabers West, Generalfeldmarschall von Witzleben, welche Offiziere bereit seien, sich dem Widerstand gegen Hitler anzuschließen. (Erwin von Witzleben war eine der zentralen Personen des 20. Juli, im August 1944 wurde er in Plötzensee hingerichtet – auf persönliche Anordnung Hitlers nicht „ehrenhaft“ erschossen, sondern gehenkt.) Allerdings konnte Elster von Mont de Marsan aus nicht an den weiteren Planungen zum Sturz Hitlers teilnehmen. Seine Stunde kam kurz nach der Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944.

Schon bald hatten amerikanische und britische Streitkräfte weite Teile Nord- und Mittelfrankreichs befreit; die im Südwesten stationierten Einheiten drohten (aus NS-Sicht) abgeschnitten zu werden, weshalb ihnen am 16. August 1944 eine Art Ausbruch befohlen wurde: Sie sollten sich in Richtung Heimat durchkämpfen, die alliierte Front vom Westen her durchbrechen, sich danach um 180 Grad drehen, um an der „Heimatfront“ weiterzukämpfen. Botho Elster wurde dabei das Kommando über die „Fußmarschgruppe Süd“ übertragen – das war ein Sammelsurium von 24.000 Mann aller möglichen Waffengattungen aus der näheren Umgebung. Am 21. August begann der Rückmarsch.

Vorher und auf dem Weg durch Frankreich sollte die „Fußmarschgruppe Süd“ alles in die Luft sprengen, was ihnen vor die Lunte kam: Brücken, Fabriken, Infra-

struktureinrichtungen. Elster befolgte diesen Befehl nicht. Dass „dieser arme, bunt zusammengewürfelte Haufen“ (so Elster nach Kriegsende) während seines Zuges in Richtung Nordosten plünderte, vergewaltigte und Zivilpersonen ermordete, konnte er nur verbieten, aber nicht verhindern. Im Gegenzug blieben 4400 Angehörige dieser „Fußmarschgruppe“ durch amerikanische Jagdbomber und Attacken der Resistance verletzt oder tot zurück: Es wurde immer offensichtlicher, dass es nur unter immensen Opfern möglich sein würde, nach Deutschland durchzubrechen. Doch genau so lautete der Befehl; und der Generalmajor Elster hatte ihn auszuführen.

### ... deshalb nach dem Krieg „Vaterlandsverräter“

Aber sein Gewissen ließ das nicht zu. „Wenn ich 20.000 Mann nicht mehr nach Deutschland führen konnte, hatte ich sie nicht aus feigem Ausweichen vor der Verantwortung vor die Hunde gehen zu lassen“, gab er im November 1944 zu Protokoll. Am 8. September begannen die Verhandlungen über die Kapitulation mit der 83. US-Division im Bereich der Loire. Am Samstag, 16. September, überreichte Botho Elster dem US-General Robert C. Macon auf der Loire-Brücke bei Beaugency (30 km südwestlich von Orleans) als Zeichen der Kapitulation seine Pistole. 27 Tage und mehr als 500 Kilometer nach dem Abmarsch kamen 19.604 deutsche Soldaten

in Gefangenschaft und damit in Sicherheit. Übrigens gab es unter ihnen vereinzelt Unmut, aber keinen Widerstand gegen diese offenkundige Befehlsverweigerung.

Botho Elster wurde in ein Kriegsgefangenenlager nach Mississippi verbracht, endgültig sicher vor den Nazis war er damit nicht: Ein „Ehrenrat“ hatte sein Verhalten zunächst gebilligt, danach wurde er im Lager heftig angefeindet – auch weil er Flugblatt-Texte gegen die Nazis verfasste, die über deutschen Städten abgeworfen wurden; im Lager kursierten Zettel „Tod der Elster!“. Am 6. März 1945 begann in Torgau die Hauptverhandlung des Reichskriegsgerichts, einen Tag später verurteilte es ihn in Abwesenheit wegen „Übergabe an den Feind“ zum Tode.

Vaterlandsverräter war Botho Elster nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Februar 1947 auch für viele Böblingen. Zusammen mit seiner Frau Gisela (sie war im April 1945 von französischen Soldaten so schwer vergewaltigt worden, dass sie operiert werden musste) blieb er bis zu seinem Tod in seinem Haus in der Waldburgstraße weitgehend isoliert; sein Sohn Welf Botho, geboren 1938, litt am Sindelfinger Goldberg-Gymnasium unter der offen gezeigten Missgunst mancher Lehrer: Die Familie Elster erfuhr in der ersten Nachkriegszeit die gleiche Häme wie die Eltern von Hans und Sophie Scholl, die Familie Stauffenberg, Willy Brandt oder der Polizist Wilhelm Krützfeld, der im November 1938 die Berliner Synagoge erfolgreich gegen SA-Horden verteidigt hatte.

Nach dem Urteil der Entnazifizierungsspruchkammer Böblingen war Botho Elster „einer der heftigsten Gegner unter Hitlers Generalen“, ARTE strahlte 2004 einen Film („Ein deutscher Held“) über ihn aus. Bis heute erinnert in Böblingen nichts – kein Straßename, keine Plakette, keine Erwähnung auf der städtischen Homepage – an Botho Elster. ■

*Die wichtigsten Informationen stammen aus dem Buch seines Sohnes Welf Botho Elster: Die Grenzen des Gehorsams. Das Leben des Generalmajors Botho Elster in Briefen und Zeitzeugnissen. Hildesheim-Zürich-New York 2005.*

**Michael Kuckenburg** war von 1974 bis 2012 Lehrer am Goldberg-Gymnasium Sindelfingen. Er ist Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

## RAG Südhessen

Bettina Bergstedt

### „Zum Schutz der Republik!“

Die Ermordung Walther Rathenaus am 24. Juni 1922 zog reichsweit Proteste nach sich, auch in Darmstadt

Der Mord an Walther Rathenau markiert einen grausamen Höhepunkt in einer Reihe von politischen Morden der radikalen Rechten nach dem Ersten Weltkrieg (1914–1918). Schon im Januar 1919 mussten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sterben. Der bayerische USPD-Fraktionsvorsitzende und Pazifist Karl Gareis fiel im Juni 1921 einem Attentat zum Opfer, im August wurde der ehemalige Finanzminister Matthias Erzberger von der christlich-konservativen Zentrums-Partei durch die rechtsterroristische Organisation Consul erschossen. Die Beispiele zeigen, dass sich die extreme Rechte nicht allein gegen die extreme Linke richtete, sondern gegen gemäßigte Liberale und Demokraten, zu denen Gareis und Erzberger gehörten.

Walther Rathenau von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) war just im Februar 1922 zum Außenminister ernannt worden und stand vor schwierigen Aufgaben. Wie sollte das Verliererland Deutschland mit den von den Siegermächten verlangten Reparationszahlungen des Versailler Vertrags umgehen? Inmitten politisch instabiler Zeiten galt der Industrielle und Intellektuelle jüdischer Herkunft Walther Rathenau als Realpolitiker mit diplomatischem Geschick. Er hatte außenpolitisch bereits seine Fäden gespannt mit Blick Richtung Osten. Mit dem Rapallo-Vertrag im April 1922 unterzeichneten er für die Deutsche Regierung und G. Wassiljewitsch Tschitscherin für die Sozialistische Sowjetrepublik ein Abkommen, das auf Verständigung setzte. Für seine auf Kompromisse bauende Strategie wurde Rathenau von deutsch-nationaler Seite jedoch harsch kritisiert, von der völkisch gesinnten, radikalen Rechten als Jude beschimpft und diffamiert.



Walther Rathenau (1867–1922).

Der Mord an Walther Rathenau vor genau 100 Jahren, am 24. Juni 1922, blieb nicht ohne Folgen. „Millionen Menschen gingen auf die Straßen“, sagt Klaus Müller, der Sprecher des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. „Das zeigt uns doch, dass es eine große Zustimmung für Verhandlungen gab und dass die Unterstützung für die Republik zu dieser Zeit weit über die Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und DDP) hinausging.“ In der *Vossischen Zeitung* erschien ein ausführlicher Augenzeugenbericht, wie auf offener Straße aus einem Auto heraus in Berlin einer von zwei in Ledermäntel gekleideten Männer Schüsse auf Rathenau abfeuerte, der in einem Wagen ohne Verdeck saß. Gewerkschaften, Verbände und Parteien riefen zu Demonstrationen auf, so die DDP: „Deutsche Demokraten! Wiederum ist durch Mörderhand eine Stütze der Republik gefallen ... Es gilt die Sicherung von Deutschlands Verstand, Ruhe und Zukunft. Es lebe die Republik!“

Die regierungstreue *Darmstädter Zeitung* berichtete „Wie man Rathenau zu Tode hetzte“ und über die parallel zur Beisetzung in Berlin stattfindende große Kundgebung „sämtlicher Parteien außer den rechtsstehenden“. Der Archivpädagoge am Staatsarchiv Darmstadt Harald Höflein hat über die Proteste in Darmstadt nach der Ermordung Rathenaus recherchiert. Nach einer Trauerfeier fiel der Unterricht an allen Darmstädter Schulen für den Rest des Tages aus. Zehntausende Menschen fanden sich auf dem Marktplatz ein. Es gab mehrere Redner-Plätze, von denen aus gesprochen und gleichzeitig geendet wurde mit einem dreifachen Hoch auf die Republik, so das *Darmstädter Tagblatt*. Es sprachen Kommunisten. Für die Sozialdemokraten trat Dr. Reinhard Strecker, der, aus Protest gegen die Politik seines Parteikollegen Reichswehrminister Otto Geßler, aus der DDP ausgetreten und in die SPD eingetreten war. Für die Demokraten redete der Abgeordnete und Rektor der Ballonschule Julius Reiber der für einen besseren Schutz der gefährdeten Republik durch eine „stärkere Demokratisierung der Verwaltung“ eintrat. Die Linke und die politische Mitte hatten sich zusammengeschlossen, „und das funktionierte in Darmstadt auf kommunaler Ebene sehr gut“, sagt Stadtarchivar Dr. Peter Engels. Die anschließende Großdemonstration verlief friedlich, bis auf die Demontierung einzelner Schilder von Geschäftsleuten mit der Bezeichnung „Hoflieferant“, die als kaisertreu galten.

Und dann ging es doch noch rund in der sonst so beschaulichen Beamtenstadt. Empörte Bürgerinnen und Bürger zertrümmerten Möbel in der Wohnung des DVP-Mitglieds und ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Arthur Osann (1862–1924).





Die heutige August-Buxbaum-Anlage (Spessartring/Dieburger Straße) wurde ursprünglich Walther Rathenau gewidmet. Die Nationalsozialisten „arisieren“ den Ort, Namensgeber wurde Horst Wessel. Eine Umbenennung im Zuge der Entnazifizierung nach 1945 würdigte den kommunistischen Widerstandskämpfer Georg Fröba, der schließlich aufgrund der sich zuspitzenden Ost-West-Konflikte im Kalten Krieg ersetzt wurde durch August Buxbaum (Stadtbaurat, sozialer Wohnungsbau Rhörring, Spessartring). Eine Inschrift in einer Steinstele in der August-Buxbaum-Anlage ist lange zerstört, eine Erinnerungstafel für Walther Rathenau fehlt bis heute.

Sie schnappten sich den Vorsitzenden der DVP-Fraktion im Hessischen Landtag, Eduard Dingeldey (1886–1942) und ließen ihn einen symbolischen Galgen durch einige Gassen tragen. Nachdem ihm die Flucht in die Villa Merck (Annastraße 15) gelang, konnte der spätere Innenminister Wilhelm Leuschner (1890–1944) gerade noch einen Sturm von Demonstranten auf die Villa vereiteln. Die Verlags- und Druckgebäude der rechten Presse (*Hessische Landeszeitung*, *Täglicher Anzeiger*), die man für Antisemitismus und Republik-Hetze verantwortlich machte, wurden verwüstet, Polizisten entwaffnet und als die Polizei die Saalbau-, Grafen- und Waldstraße „säubern“ wollte, fielen Schüsse. Es gab mehrere Verletzte, ein Fahrradfahrer wurde, vermutlich von der Polizei, an der Ludwigskirche erschossen.

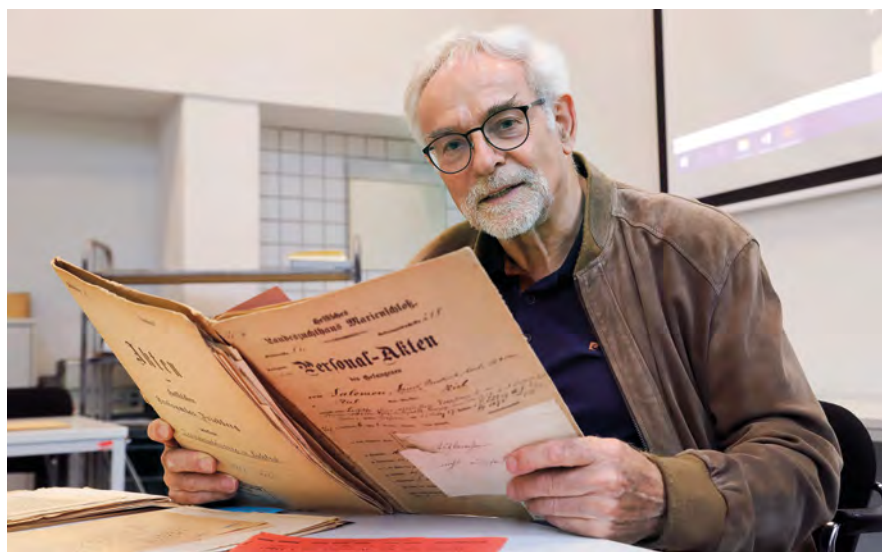
Immerhin, der Landtag des Volksstaates Hessen in Darmstadt reagierte prompt: Republikfeindliche Umtriebe sollte es nach Antrag der SPD in Schulen, Justiz und Verwaltung nicht mehr geben. Jede „Herabsetzung“ der Republik galt nun als Dienstvergehen. Doch wurden die rechten und nationalistischen Bestrebungen bei weitem nicht vollständig unterbunden. Der Heidelberger Mathematiker und Faschismusgegner Emil Julius Gumbel, der schon 1932 nach Frankreich emigriert war, 1933 als deutscher Jude ausgebürgert wurde und 1940 in die USA ausgewandert ist, machte in einem statistischen Vergleich bei 354 Tätern aus dem rechten und 22 Tätern aus dem linken Spektrum für die Jahre 1919 bis 1922 aus, dass bei tendenzieller Schonung der Rechten die

Linken zu deutlich härteren Strafen verurteilt wurden. Ernst von Salomon – im Oktober 1922 wegen Beihilfe zum Mord an Rathenau zu fünf Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie 1927 in Gießen wegen Beteiligung an einem versuchten Fememord zu weiteren eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt – saß zwar in Hessen-Darmstadt im Marienschloss ein, wurde aber schon am 1. Dezember 1927 von Reichspräsident Hindenburg persönlich begnadigt und hat seine Taten nie ernsthaft bereut.

In der Bundesrepublik kam er nach 1945 als rechtsgerichteter Autor erneut zu Ehren. „Leider gibt es kein einziges Foto zu

den Darmstädter Unruhen“, sagt Stadtarchivleiter Peter Engels. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stadtarchiv und Hessisches Staatsarchiv Darmstadt und die Darmstädter Geschichtswerkstatt e. V. haben die Quellen zusammengestellt und die Veranstaltungsreihe „Rechtsextremismus in Vergangenheit und Gegenwart“ organisiert, die die Zusammenhänge der letzten 100 Jahre offenlegt. „Denn wir gehen davon aus, dass der Rechtsextremismus heute immer noch die größte Bedrohung in der Bundesrepublik ist“, sagen der Archivpädagoge Harald Höflein und Klaus Müller. ■

Recherche im Staatsarchiv: RAG-Sprecher Klaus Müller liest in der Haftakte von Ernst von Salomon, einem Hauptbeteiligten am Rathenau-Mord.



**Bettina Bergstedt** ist Journalistin, Autorin und Lektorin in Darmstadt. Der Artikel erschien zuerst im Darmstädter Echo. Wir danken der Autorin und der Zeitung für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

## RAG Südhessen

Andreas Winterhalder

# „Jetzt weiß man, wie wertvoll ein Leben ist“

## Polenfahrt der Heinrich-Böll-Schule Rodgau

Ein abwechslungsreiches Kultur- und Freizeitprogramm erlebten 37 Schülerinnen und Schüler aus dem Jahrgang 9 der Heinrich-Böll-Schule (HBS) in Polen bei einer fünftägigen freiwilligen Studienfahrt zum Thema „Widerstand gegen die Nazi-Terrorherrschaft im 2. Weltkrieg – Engagement heute (UN-Agenda 2030)“. Unter der Leitung von Britta Stehle und mir verbrachten sie den ersten Tag in der Krakauer Altstadt, die zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt. Am nächsten Tag gab es zunächst eine Führung im ehemaligen Ghetto von Krakau und danach im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Krakauer Fabrik von Oskar Schindler. Dort ist eine Dauerausstellung zur Okkupation und Besatzungszeit Krakaus durch die Deutschen (1939–45) zu sehen. Schindler wurde spätestens durch den Film „Schindlers Liste“ welt-

berühmt, weil er in seiner Fabrik, die er später nach Brünnlitz verlegte, etwa 1.200 Menschen jüdischen Glaubens als Zwangsarbeiter beschäftigte und sie dadurch vor der Ermordung durch die SS rettete.

Am Nachmittag besuchten die HBS-Schüler das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, in dem über 1,1 Millionen Menschen, darunter mindestens 25 Prozent Kinder und Jugendliche, von den Deutschen umgebracht wurden. Die Nachbesprechung dieses Tages fand am folgenden Tag in der internationalen Jugendbegegnungsstätte in Krzyzowa (Kreisau) statt, einem polnischen Dorf, das vor 1945 zu Deutschland gehörte. Eine Auswahl an Schülermeinungen zum Nazi-Terror:

**„Ich fand es krass, dass so etwas passieren konnte.“**

(Lukas Mahr)

**„Sehr erschreckend. Wusste, dass es schlimm war, aber es mit eigenen Augen zu sehen war noch mal etwas anderes.“**

(Neo Mahr)

**„Ich bin regelrecht entsetzt von der Menschheit damals.“**

(Lenn Coehlo)

**„Jetzt weiß man, wie wertvoll ein Leben ist.“**

(Behroz Shafaye)

Schüler der HBS Rodgau auf der Veranda vom Berghaus/Kreisau. Ort von drei geheimen Treffen vom ‚Kreisauer Kreis‘ 1942/1943, bei welchen über ein friedliches Deutschland und Europa nach der Nazi-Diktatur diskutiert wurde.

Foto: privat





Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Böll-Schule Rodgau vor dem ehemaligen Eingang der Schindler-Fabrik in Krakau.

Darüber hinaus beschäftigten sich die Jugendlichen mit den Themen deutsch-polnische Versöhnung und Widerstand gegen die Nazidiktatur mit dem Schwerpunkt „Kreisauer Kreis“, der sich während des Zweiten Weltkrieges dreimal heimlich in Kreisau traf, um über ein Deutschland nach der Nazi-Diktatur zu diskutieren. 21 Mitglieder unter Führung von Helmuth James von Moltke und Peter Yorck von Wartenburg bildeten diesen besonderen Gesprächskreis, viele von ihnen wurden später von den Nazis mit dem Tode bestraft.

Glücklicherweise trafen wir vor Ort den Sohn von Helmuth James von Moltke, Helmuth Caspar (Jahrgang 1937), der aus Nordamerika angereist war. Er freute sich sehr, dass sich am Ort seiner Kindheit heute die Jugend Europas und der Welt friedlich zu Begegnungen trifft.

1989 fand in Kreisau die deutsch-polnische Versöhnungsmesse statt. Hier umarmten sich der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki als Zeichen des Friedens zwischen beiden Ländern.

Eine Auswahl an Stichpunkten, die den Schülern aus den Workshops in Erinne-

rung geblieben sind:

**Definition von Widerstand – Mut und Versöhnung – Polen hat eine bewegte Geschichte – Kniefall von Willy Brandt – Pakete aus der DDR – Widerstand lohnt sich – Versöhnungsmesse – Versöhnung ist ein langer Prozess**

Am vorletzten Tag stand der Besuch der zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Friedenskirche in Świdnica (Schweidnitz) sowie ein gemeinsames Sportprogramm mit ukrainischen Kindern und Jugendlichen auf dem Programm. Derzeit finden in Kreisau über 70 Menschen aus der Ukraine vor dem Krieg in ihrer Heimat Zuflucht.

Aus meiner Erfahrung sind Begegnungen mit Schülergruppen aus anderen Nationen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer sehr gewinnbringend. Für künftige Bildungsfahrten suchen wir an der Heinrich-Böll-Schule deshalb gerade nach einer neuen polnischen Partnerschule.

Zum Abschluss der Woche diskutierten die Schülerinnen und Schüler über die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die im Jahr 2015 von 193 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen verabschiedet wurden. Bis 2030 soll beispielsweise kein Mensch mehr verhungern und alle Menschen sollen in Frieden leben können. In dem Zusammenhang spendeten die Schüler 150 Euro für ein Schulspeisungsprojekt in Dedza im afrikanischen Malawi, das die Heinrich-Böll-Schule seit 2020 in Zusammenarbeit mit der Welthungerhilfe e. V. finanziell unterstützt. Auf dem Rückweg machten wir Halt bei der Frauenkirche in Dresden. Diese Kirche, die im Zweiten Weltkrieg völlig zerstört wurde, in der DDR als Trümmerhaufen daran erinnerte und nach 1990 rekonstruiert wurde, steht symbolisch für Leid, aber auch für Hoffnung.

Gefördert wurde die Studienfahrt durch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung. ■

**Andreas Winterhalder** ist Lehrer für Gesellschaftslehre, Ethik, Französisch und Englisch an der Heinrich-Böll-Schule Rodgau und Mitglied der RAG Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

## RAG Münsterland

Stefan Querl

# 33 Jahre Gorlebener Gebet

### Friedfertige Begegnungen am einstigen Ort aufgeheizter Proteste

„Gorleben soll leben!“ Der Slogan machte als Forderung heftig Furore in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Nicht erst, seit am 26. Januar 1982 nahe der damaligen Grenze zur DDR der Bau des Zwischenlagers für Atommüll begann und sich später Tausende den „Castor-Transporten“ auf dem Weg ins Wendland in den Weg stellten. Schlagzeilenträchtig, leider oft auch alles andere als friedlich. Protestlerinnen und Protestler, Politik und Polizei lieferten sich teils heftige Auseinandersetzungen um Gorleben: Ein „Tanz auf dem Vulkan“ wie das gleichnamige Musikfestival. Inzwischen ist es stiller geworden im Warten auf „Schicht im Schacht“: Der Rückbau des „Erkundungsbergwerkes“ ist beschlossene Sache.

Geblieben ist allerdings das „Gorlebener Gebet“ der Friedensbewegten. Seit gut 33 Jahren steht die ökumenische, überparteiliche Institution unter freiem Himmel im Wald des Wendlands dafür, in allem Streit den christlichen Gedanken der Gewaltfreiheit ernst zu nehmen und an die Stelle von lautem Protest eher leise Predigten, Lieder, Kerzen und andere Hoffnungszeichen oder Botschaften zu setzen. Monat für Monat geht das Gebet immer weiter, in Dankbarkeit und Verbundenheit mit allen, die sich von Rückschlägen beim Appell für „gewaltfreien Widerstand“ nicht haben entmündigen und entmutigen lassen.

Doch wieso eigentlich „Widerstand“? Der Begriff ist historisch völlig anders besetzt und in der Gegenwart oft für Verschwörungsmethoden, Leugnungen der Pandemie und auch für Populismus missbraucht worden. Als ich kürzlich als Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland eine Andacht beim Gorlebener Gebet halten durfte, wählte ich aus dem Buch der Ökumene Billerbeck im Münsterland, das während des „Corona-Sommers“ neu erschie-



Im gut besuchten „Gorlebener Gebet“ schilderte Stefan Querl seine Kindheit während des Kraftwerkbaus für den so genannten „Schnellen Brüter“ in Kalkar und den späteren Weg zu Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Fürbitten hatte er dem Billerbecker Buch der Ökumene aus dem „Corona-Sommer“ entnommen.

nen ist, bewusst Fürbitten für Infizierte, Erkrankte und Engagierte in Heil- und Pflegeberufen aus, für die im Ringen um Gesundheitsschutz und den Schutz von Grundrechten der Mensch im Mittelpunkt steht.

In Gorleben zu sein und auf Versöhnendes zu hoffen, hatte aber auch eine hohe Bedeutung für mich, denn ich wuchs im evangelischen Pfarrhaus in Kalkar nahe des Rheins und der Niederlande auf, in der Phase des Kraftwerkbaus für den so genannten „Schnellen Brüter“, der jedoch niemals ans Netz ging. Als Kind im ersten Schuljahr 1981/82 war mir erst angst und bange gewesen angesichts der Massendemonstrationen in meiner Heimatstadt am Niederrhein, einer kleinen Stadt im Kreis Kleve, die – wie Gorleben im Wendland – zum Symbol wurde, bis nach 1986 die Katastrophe von Tschernobyl die Mehrheit der Gesellschaft zum Umdenken brachte. Das Bauprojekt „Schneller Brüter“ wurde gestoppt. Aus

den Relikten der Reaktoranlage wurde eine Art Freizeitpark in einem (inzwischen umbenannten) „Kernwasser-Wunderland“.

Dass ich anderthalb Jahrzehnte später zu Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. fand, hängt stark mit den 1980er-Kindheitserfahrungen zusammen. Mein Vater lud am Rande der Großereignisse Polizei sowie Protestlerinnen und Protestler an einen Runden Tisch im Pfarrhaus ein, um bei allem, was diese Gruppen draußen auf der Straße trennte, das Gemeinsame in den Blick zu nehmen. Aus dieser Erfahrung, dass sich Protestierende und Polizei trotz allem an einen Tisch setzten, habe ich Zutrauen in einen Konsens gewonnen, der über Auffassungsunterschiede und Konfliktlinien hinweg stets Brücken baut – einerlei, was jemand meint, wen er wählt, was er religiös glaubt oder woran er weltanschaulich zweifelt.

Aktuelle Nachrichten zu Energiefragen haben Menschen neu und massiv aufgerüttelt. Mich auch, weil mich dieses um das Pro- und Contra-Kernkraft-Streiten seit Jahrzehnten beschäftigt und ich zutiefst unschlüssig, aber auch unsicher bin in der Frage, was letzten Endes auf Erden ethisch und an Reaktoren technisch vertretbar ist. Dass wegen jüngster EU-Kommissions-Entscheidungen zur „Nachhaltigkeit“ heiß debattiert wird, dass uns Preisanstiegs- und Zukunftssorgen umtreiben, dass die Frage der Gaslieferengpässe ganze Gesellschaften alarmiert, zeigt, wie intensiv wir reden müssen. In Gorleben beim Gebet zum Beispiel. Erst recht, weil Tschernobyl plötzlich beim Angriff Russlands auf die Ukraine auch wieder ein Ziel und Thema wurde. In der Andacht zitierte ich das Wort von 1948, auf das sich die christlichen Kirchen bei der ersten Vollversammlung des Weltkirchenrats in Amsterdam verständigt hatten: „Krieg soll und darf nach Gottes Willen nicht sein!“ ■

**Hinweis:** Mehr dazu im Interview des Deutschlandfunks 2019 mit Christa Kuhl, der Koordinatorin des „Gorlebener Gebets“, anlässlich des 30. Jahrestages: [www.deutschlandfunk.de/30-jahre-gorlebener-gebet-unsere-gebete-wurden-erhoert-zum-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/30-jahre-gorlebener-gebet-unsere-gebete-wurden-erhoert-zum-100.html)

Fotos: Veronika Hüning



Aufbau für die Andacht an den Kreuzen im Wald. Seit 33 Jahren treffen sich regelmäßig nahe des Schachts Friedensbewegte, die für „gewaltfreien Widerstand“ appellieren.

**Stefan Querl** ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland, stellvertretender Leiter der Villa ten Hompel und Beauftragter gegen Antisemitismus der Stadt Münster.

## RAG Münsterland

Jule Richter

# Geschichtsvermittlung im Escape Room „Der Löwe von Münster“

Interview über einen spielerischen Umgang mit schwieriger Geschichte

**Geschichte spielerisch vermitteln – das machen Matthias Hecking und Winfried Hachmann mit ihrem mobilen Escape Room „Der Löwe von Münster“. Thema ist der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen, der im Sommer 1941 gegen die Tötung behinderter Menschen durch die**

**Nationalsozialisten predigte. Mitglieder der Regionalgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. haben den Escape Room im vergangenen Herbst im Begegnungszentrum „einsA“ in Dülmen besucht. Mit einem der beiden Gründer konnte ich über das Projekt sprechen.**

**Ein mobiler Escape Room über eine historische Figur hört sich erst einmal sehr ungewöhnlich an. Wie kann man sich das „Spiel“ vorstellen?**

Matthias Hecking: Die Teilnehmenden begeben sich in die Rolle einer fiktiven Pfadfindergruppe aus dem Jahr 1941. Ihr Gruppenleiter Karl hat die Predigten von Galens kopiert und Flugblätter erstellt. Die Gestapo hat dies allerdings mitbekommen und ihn am Vormittag verhaftet. Ziel des Spiels ist es, die versteckten Flugblätter durch das Lösen verschiedener Rätsel innerhalb einer Stunde zu finden. Im Laufe der Zeit erhält man von zwei Anrufern Hinweise, was man später damit machen soll: Der erste ermutigt zum Verteilen der Flugblätter. Der andere Charakter hingegen lässt sich später versprechen, dass man die Flugblätter aufgrund der gefährlichen Situation vernichtet.

Wenn das Spiel geschafft ist und die Flugblätter gefunden sind, steigen wir in die Diskussion ein. Was hätte man gemacht, wenn man 1941 selbst vor der Wahl gestanden hätte, Flugblätter der Predigt zu verteilen? Häufig kommt dann eine sehr mutige Haltung, weil die Angst und Einschüchterung durch die Nationalsozialisten schwer vorstellbar sind. An der Stelle schaffen wir den Transfer zur Gegenwart: Wie ist das eigentlich mit Mut und Gewissen? Gibt es heute im Alltag der Schüler\*innen Situationen, in denen man einen Schritt mehr wagen muss? Aber haben sie dann auch den Mut, diesen Schritt zu machen? Der Kardinal von Galen – damals noch Bischof – hatte diesen Mut, während viele andere Bischöfe



Bischof von Galen predigte 1941 mehrmals gegen das Morden an Behinderten.

nichts gemacht haben. Das versuchen wir zu übertragen und die Teilnehmenden zu ermutigen, auf ihr Gewissen zu hören und sich einzusetzen.

**Wird Ihr Konzept oft kritisiert?**

Eher selten, aber es gibt Kritik. Unter anderem am spielerischen Konzept, da mit von Galen das Thema der Euthanasie verbunden ist. Es sei zu unsensibel, aus einem so schwierigen Thema ein Spiel zu machen. Es ist aber doch nicht so, als ob wir da einen Witz draus machen und nach Zahlen von Todesopfern oder Ähnlichem rätseln lassen. Das verbietet sich natürlich total, so etwas als Rätsel einzubauen. Mit Themen wie der Euthanasie gehen wir selbstverständlich

nicht „spielerisch“ um. Es gibt auch keine NS-Symbole in dem Raum. Das braucht es nicht, um Geschichte zu erzählen. Wir haben an allen möglichen Stellen Sensibilität walten lassen.

Ich behaupte, dass wir das sehr gut hinkriegen, genau die Balance zwischen der Ernsthaftigkeit der Thematik und dem Spielerischen zu treffen. Es gibt vorher die Einführung, dann das Spiel und danach die Diskussion. Alle Schüler, die gerade nicht im Raum sind, bekommen ein inhaltliches Begleitprogramm. Die Frage ist doch, wenn man sich mit Geschichte so nicht beschäftigen darf, was ist denn dann das richtige Format, um ein so wichtiges Thema im Bewusstsein der Menschen zu halten? Man muss beim Format der Zielgruppe entgegenkommen und sich an dem orientieren, was die interessant findet.

**Inwiefern achten Sie in Ihrem Escape Room auf eine historisch-kritische Auseinandersetzung, sowohl bezogen auf die Thematik als auch auf die Person Kardinal von Galens?**

Ich glaube, dass Kardinal von Galen ein differenzierter, aus heutiger Sicht nicht immer verständlicher Charakter war. Sicherlich hätte er auch gegen den menschenverachtenden Hass auf die Juden damals deutliche Worte finden können. Die Rasseideologie der Nazis hat er ja deutlich abgelehnt. Wir möchten ihn nicht als Helden stilisieren und müssen ihn gleichzeitig mit historischer Brille betrachten. Das Bild zeichnen wir durchaus so. Aber im entscheidenden

Foto: Dokumentation Villa ten Hompel/Provenienz: Stadttarchiv Greven



Seit 2019 sind Matthias Hecking und Winfried Hachmann mit ihrem Escape Room auf Tour.

Moment, ist unsere Auffassung, hat sich der Mann viel weiter getraut als viele andere. Er hat Klartext gesprochen, und das unter Lebensgefahr – die Gestapo saß in den Kirchen und hat seine Predigten mitgeschrieben. Was eine Auseinandersetzung mit der Zeit angeht: Die Diskussionsgrundlage und somit die Vorbereitung entstehen durch das Spiel. In unserem Raum gibt es Spezialeffekte, durch die man sich, so gut wir das herstellen können, in das Jahr 1941 hineinversetzt fühlt. Dadurch kommen die Spielenden in ihre Rolle hinein und können dann vielleicht ein bisschen besser die Gewissensentscheidung aus der damaligen Perspektive beantworten – um dann aber zu merken, es geht eigentlich gar nicht darum, was man damals gemacht hätte.

Das ist uns ganz wichtig. Es geht nicht darum, jetzt zu entscheiden, was ich vor 80 Jahren gemacht hätte, weil man das sowieso nicht entscheiden kann. Wir müssen ja zum Glück niemals in dieser Zeit leben. Wie die NS-Diktatur die Menschen mit Angst überzogen hat, ist natürlich schwer nachvollziehbar, aber es entbindet uns nicht davon zu sagen: Heute kann ich eine mögliche Gewissensentscheidung treffen – und zwar ohne die Gefahren von damals. Deshalb muss es uns heute gelingen, an den entsprechenden Stellen die mutige Entscheidung zu treffen.

#### **Wird dieser Handlungsappell von den Teilnehmenden verstanden?**

Ja, auf jeden Fall, die verstehen den Zusammenhang zwischen damals und heute. Die Hoffnung ist natürlich immer, dass so eine gewisse Trägheit bei einigen überwunden wird – die Einstellung „Das ist doch gar nicht so wichtig, ich kann mich doch da raushalten“. Genau da setzen wir an. Wir wollen auf keinen Fall in der Geschichte stehen bleiben, sondern schauen, wie man daraus heute bestmöglich lernen kann. Eben

auch merken, dass die Menschen in den 1920er oder 1930er Jahren gar nicht so anders waren, als wir es heute sind. Indem die Spielenden, gerade auch Schüler\*innen, merken, dass sie damals ja auch in dieser Situation gesteckt haben könnten: Wie hätte ich mich entschieden? Jetzt habe ich die Chance, es besser zu machen! Nämlich mich vorher schon zu entscheiden, den Finger zu heben, das Ausrufezeichen zu setzen.

#### **Nehmen die Teilnehmenden die Inhalte durch das spielerische Konzept besser auf?**

Ja, absolut. Zuletzt waren wir an einer Schule in Herne, da haben wir drei Tage lang gespielt. Die waren alle komplett begeistert und haben mitgezogen und sich an der Diskussion beteiligt. Vielleicht haben sie den coolsten Geschichtsunterricht in ihrer Schulzeit erlebt. Man ist als Schüler\*in in einem Raum und kann zum ersten Mal ein Wählscheibentelefon oder eine Schreibmaschine bedienen. All das hat man ja noch nie gemacht und das ist dann eben spannend oder aufregend. Man interagiert, man hat eine Gruppenerfahrung, ärgert sich oder freut sich über Erfolge. Das macht unheimlich Spaß und dadurch bleibt es in Erinnerung. Und da wir das Ganze einbetten in eine historische Einführung und nachher die Diskussion, bleibt auch diese Debatte hängen. Das ist eigentlich das ganze Konzept und das Ziel des Spiels. Man erreicht natürlich nicht jeden Spielenden, aber bei den meisten bleibt viel hängen.

#### **Wie alt ist die Hauptzielgruppe, die den Escape Room spielt?**

Das passt zu der Frage, ob man dieses Thema überhaupt als Spiel „verpacken“ darf: Wir finden es wichtig, dass im Unter-

richt das Thema Nationalsozialismus schon behandelt wurde und ein gewisses Geschichtsverständnis vorhanden ist. Das ist normalerweise ab Klasse 9 der Fall. Daher setzen wir als Mindestalter 14 Jahre voraus. Das Format des Escape Rooms ist grundsätzlich auch super für Jüngere geeignet, das Thema aber eben nicht.

#### **Sollten interaktive / spielerische Vermittlungsformate generell verstärkt in der Geschichtsvermittlung eingesetzt werden?**

Natürlich JA! Escape Rooms sind zwar ein relativ neues Phänomen. Ich halte sie aber für eines der besten Mittel, um so etwas zu machen. Man sollte sich da ein bisschen öffnen, was kreative Gruppenspiele angeht. Die Hauptsache ist doch, dass man die Gruppe erreicht. Für ältere Generationen wäre vielleicht ein Würfel- oder Brettspiel genau passend. Wir haben aber junge Menschen vor uns. Man muss nach etwas suchen, was sie auch selbst in der Freizeit machen, wo sie Lust drauf haben. Von Escape Rooms haben zumindest alle schon einmal gehört. Wenn der also in der Schule angekündigt wird, sind sie sofort dabei und müssen nicht überredet werden.

#### **Wie sieht es denn mit der Planung für die Zukunft aus? Wird das Projekt weitergeführt? Sind Erweiterungen geplant?**

Eine erste Erweiterung haben wir Anfang 2020 bereits vorgenommen. Gemeinsam mit der Kirchengemeinde St. Ludgerus in Billerbeck wurde eine an den Escape Room angepasste Begleitausstellung entworfen. Mit einigen Vitrinen und Textstelen sind wir in mobiler Art und Weise in der Lage, mehr in die inhaltliche Tiefe zu gehen. Die Pandemie hat einiges verzögert, nun stehen wir aber wieder in den Startlöchern. Einige Buchungen gibt es auch schon für das nächste Jahr. ■

#### **Hinweis:**

Weitere Informationen über den **Escape Room** finden sich unter: [loewevonmuenster.de](http://loewevonmuenster.de).

**Jule Richter** ist Freiwillige im FSJ Kultur und Bildung in der Villa ten Hompel in Münster und Mitglied der RAG Münsterland von Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.

# Spenden statt Geschenke zum 70. Geburtstag

Vorstandsmitglied Ernst Piper hat seinen 70. Geburtstag für eine Spendenaktion zugunsten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. genutzt. 2.597,00 Euro kamen zusam-

men. Wir sprachen mit ihm und wollten wissen, wie er auf die Idee kam und wie er seine Freunde und Verwandten über seine Idee informierte.



Foto: privat

Ernst Piper.

**Anlässlich Ihres 70. Geburtstages im März 2022 haben Sie auf Geschenke verzichtet und dafür Freunde, Verwandte und Bekannte um eine Spende zugunsten der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gebeten. Wie kamen Sie auf diesen Gedanken?**

Wenn man älter wird, hat man nicht mehr unbedingt den Wunsch, von immer mehr Dingen umgeben zu sein. So hatte ich schon früh den Gedanken, dass es mir mehr Freude machen würde, wenn die Menschen nicht mir etwas schenken, sondern unsere Vereinigung unterstützen. Mein Vater hat das übrigens auch schon gemacht. Beim ihm war es nicht der 70., sondern der 85. Geburtstag, an dem er um Spenden für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gebeten hat. (Als er 70 wurde, gab es die Vereinigung noch nicht.)

**Ein DANKE SCHÖN allen  
Spenderinnen und Spendern für  
2.597,00 Euro!**

**Spendenwerbende Organisationen gibt es viele. Warum haben Sie sich für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. entschieden?**

Seit den 1960er Jahren hatte ich immer wieder mit Hans-Jochen Vogel zu tun. Als unsere Vereinigung gegründet wurde, war es für ihn und für mich selbstverständlich, dass ich Mitglied wurde, und bald holte Vogel mich dann auch in den Vorstand. Wir haben verschiedene Schriften zusammen herausgegeben und bis heute fühle ich mich der Vereinigung und ihren Zielen sehr verbunden. Darüber kann man auch einiges in der Einleitung zu meinem neuen Buch lesen.

**Auf welchem Weg haben Sie Ihre Verwandten und Freunde über Ihre Spendenaktion informiert?**

Ich habe einige Wochen vor meinem Geburtstagsdatum im März allen prospektiven Gästen eine E-Mail geschrieben, dass die Feier pandemiebedingt erst im Juni stattfinden wird, und bei dieser Gelegen-

heit schon meine Spenden-Bitte vorgetragen. Das war also sehr unkompliziert.

**Vielen Dank für Ihre Aktion!**

**Feiern Sie auch einen Geburtstag, Ihre Hochzeit oder ein Jubiläum und wollen Ihre Gäste um Spenden statt Geschenke bitten?**

Dann unterstützen wir Sie gern dabei. Mehr dazu erfahren Sie auf unserer Internetseite <https://www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/spenden/>

– „Spenden statt schenken“ –

oder

schreiben Sie uns eine Mail unter [spenden@gegen-vergessen.de](mailto:spenden@gegen-vergessen.de) bzw. rufen Sie Astrid Schuhmann an: 030 263978-3.



GEWALT  
GEGEN  
WEIMAR



ATTENTATS  
SERIE



“**GEWALT  
GEGEN  
WEIMAR**”

Junge Republik “  
und rechte Feinde

RECHTE  
NETZWERKE



Kontinuitätslinien zwischen altem und neuem  
Rechtsterrorismus sind nicht zufällig.

Die neue Podcast-Serie „Gewalt gegen Weimar“ haben Studierende des Masterstudiengangs Public History an der FU Berlin für das Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam erstellt.

Darin beleuchten sie Tathergang und Motive, Hintermänner und Netzwerke und die zugrundeliegende Ideologie.

VERSCHWÖRUNGS  
IDEOLOGIEN



# Trauer um Werner Vahlenkamp

**Der Verein trauert um Werner Vahlenkamp. 20 Jahre lang war er Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Oldenburg-Ostfriesland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.**

**Sein Engagement war dauerhaft und vielseitig. Nun ist er mit 77 Jahren an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben.**

Werner Vahlenkamp war Mitarbeiter der Oldenburger Stadtverwaltung und prägte über Jahrzehnte die Auseinandersetzung der Stadt mit der nationalsozialistischen Vergangenheit mit. Vahlenkamp begann sich bereits 1969 nach einem Kibbuz-Aufenthalt in Israel intensiv mit der Geschichte der jüdischen Gemeinden und dem Schicksal ihrer Mitglieder in der oldenburgischen Region zu beschäftigen. Er setzte sich erfolgreich für eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Abgeordneten des Oldenburgischen Landtages ein, die dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen waren, und entdeckte in alten Akten einen ausführlichen Bericht des Schutzpolizeikommandeurs Heinrich Köhnke über die kampflose Übergabe Oldenburgs am Ende des Zweiten Weltkriegs an die Alliierten. Mit dieser und einem großen Beitrag zur Erforschung der oldenburgischen Regionalgeschichte.



Werner Vahlenkamp.

Foto: wikipedia

Außerdem organisierte er Studienreisen und veranstaltete Stadtführungen.

Auch in die DDR und zu anderen sozialistischen Staaten hielt das SPD-Mitglied vor 1989 Kontakte. Sein Engagement für einen internationalen Jugendaustausch brachte ihm zeitweise eine Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst der DDR ein.

In den 1990er Jahren wurde Vahlenkamp erster „Ausländerbeauftragter“ Oldenburgs. Schon wenige Wochen nach der Gründung des Vereins – am 24. Mai 1993 – trat er Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bei. 1997 übernahm er das Sprecheramt für die Regionale Arbeitsgruppe Oldenburg-Ostfriesland, ein Ehrenamt, das er erst 2017 aus gesundheitlichen Gründen wieder abgab. ■

Save the Date

## 3. FACHKONFERENZ des

# KOMPETENZ NETZWERK

*für das **Zusammenleben**  
in der Einwanderungs-  
gesellschaft*

**Beteiligte Organisationen:** Bundesverband russischsprachiger Eltern, der Dachverband Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland, die neuen deutschen Organisationen – das postmigrantisches Netzwerk e.V., die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, die Türkische Gemeinde in Deutschland und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Mehr Informationen in Kürze auf [www.kn-zusammenleben.de](http://www.kn-zusammenleben.de)

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

## Neue Publikation zum Gestapo-Gefängnis in Ettlingen

Das Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis hat ein neues Buch herausgegeben, das sich mit den Verbrechen im Gestapogefängnis Ettlingen beschäftigt. Der Autor Dieter Behringer widmet sich darin den Tätern der Gestapo unterhalb der leitenden Ebenen. Er stützt sich auf Dokumente zum Nachkriegsprozess von 1948, in dem die Erschießung von vier sowjetischen Gefangenen im Gewann Essigwiese in Ettlingen wenige Tage vor der Befreiung durch französische Truppen verhandelt worden war. Behringer erweitert durch seine Arbeit den bisherigen Kenntnisstand, der sich vor allem auf den engen Kreis der angeklagten NS-Schergen beschränkt hatte.

Durch die systematische Auswertung der verfügbaren Spruchkammerakten konnte er nun weiteres Gestapo-Personal identifizieren, bis hin zu den weiblichen Schreibkräften.

Mit Kurzbiografien und Tatbeschreibungen über das Handeln dreier verantwortlicher Gestapo-Beamter aus der Karlsruher Stapoleitstelle, des Gefängniscommandanten sowie von 21 Wachleuten und fünf Assistenzpersonen entwirft Behringer ein schlaglichtartiges Abbild des gewöhnlichen Terrors des NS-Regimes.

Der Karlsruher Historiker Jürgen Schuhladen-Krämer schreibt in seinem Geleitwort über das Buch:

„Durch teils direkte wie indirekte Wiedergabe von Zeugenaussagen und kontrastierenden eigenen Angaben der beschuldigten Täter bis hin zu deren gro-

tesk absurden Schutzbehauptungen der eigenen Dienstverpflichtung zur Gestapo, gelingt dem Autor eine besonders dichte Beschreibung, wie der Polizeiterror konkret aussah. Zugleich auch, wie die Gestapomänner auch persönliche sadistische Neigungen bei ‚ihrer Arbeit‘ ausleben konnten.

Diese lokalhistorische Forschung bereichert das Wissen um den Nationalsozialismus in Ettlingen, zugleich richtet sie aber auch den Blick auf Karlsruhe, von wo aus die Gestapo ihre Ettlinger Dependenz betrieb und wo auch zahlreiche der aufgeführten Täter und Täterinnen lebten. Deshalb ist zu wünschen, dass diese Darstellung sowohl in Ettlingen wie in Karlsruhe, aber darüber hinaus überall dort, wo sich Aktive um die Aufarbeitung vom Nationalsozialismus bemühen, Leserinnen und Leser findet.“ ■



Dieter Behringer

**Es kam „zu den vielleicht brutalsten Folterungen in Baden überhaupt“!  
Gestapo-Gefängnis Ettlingen 1943 bis 1945.**

Mit einem Geleitwort von Jürgen Schuhladen-Krämer

Herausgegeben vom Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis, 2022

Das Buch hat 48 Seiten und kann bestellt werden bei: [ettlinger-buendnis@gmx.de](mailto:ettlinger-buendnis@gmx.de)

Unkostenbeitrag: 6,00 € zzgl. Porto

## THEMA: JUGENDBETEILIGUNG IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

- Akteur\*innen in der Kinder- und Jugendhilfe
- Inklusive Jugendhilfe
- Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)

**Am 29. und 30. September 2022 im bUm Berlin.**

## Wozu Rassismus? – Eine lesenswerte Einführung

Dierk Borstel

Rassismus teilt die Menschen in vermeintlich höher- und minderwertige Gruppen auf. Rechtsextremisten dient er zur Legitimation ihrer Gewalt und stellt den Kern ihrer Ideologie dar. Rassismus grenzt aus, diskriminiert, macht Menschen krank und legitimiert Mord und Terrorismus. Wozu gibt es somit Rassismus, fragt der bekannte Dortmunder Migrationsforscher Aladin El-Mafaalani in seinem jüngsten Buch. Eine seiner Antworten lautet: An ihm hingen Machtstrukturen, die auf eine lange Geschichte und viele Erfahrungen zurückblickten und sich längst in der Normalität der hiesigen Gesellschaft fest verankert hätten.

In einer zunehmend vielfältiger werdenden sowie von Einwanderung geprägten Gesellschaft würden diese Strukturen nun vermehrt hinterfragt und offengelegt. Vom Rassismus betroffene Menschen würden sich zunehmend wehren und jene Strukturen sichtbar machen, an die andere sich gewöhnt hätten und die sie deshalb nicht sähen. Dies könne nicht ohne Irritationen und Konflikte geschehen. Ganz im Sinne liberaler Konflikttheorien bedeuteten diese aber einen gesellschaftlichen Fortschritt und Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Sie seien eben kein Kampf der Kulturen, sondern ein legitimer und vielleicht auch schmerzvoller Weg zur Aushandlung der Regeln und der Kultur des modernen Zusammenlebens. Anders als zum Beispiel von rechtsextremer Seite behauptet, gefährdeten diese Konflikte nicht das Zusammenleben, sondern würden zur Ausgestaltung des Zusammenlebens beitragen. Diesen festgestellten Zusammenhang fasst der Autor in ein Bild des Paradoxen.

Über Rassismus wurde zuletzt viel gestritten und geschrieben. Was zeichnet nun gerade

dieses Buch aus? Die erste Antwort klingt banal: Es ist leicht verständlich geschrieben. Das gilt auch für die Kapitel, in denen der Autor in verschiedene theoretische Schulen und Hintergründe einführt. Dabei ist es kritisch in der Sache, aber gelassen im Tonfall. Eine Kombination, die durchaus Seltenheitswert genießt.

Hinzu kommt eine überzeugende Struktur: Das Buch ist unterteilt in neun Kapitel und beginnt mit der gar nicht so einfachen Begriffsklärung. Ihr folgen Einführungen in die Geschichte und Ideologie des Rassismus. Kritisch beäugt der Autor auch Rassismus in Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen, bevor er sich den Wirkungen und Folgen von Rassismus widmet. Das Buch endet mit Ausführungen, wie Rassismus überwunden werden kann. In allen Kapiteln arbeitet der Autor mit überzeugenden Beispielen und führt somit gut nachvollziehbar ins Thema ein.

Die Rolle der staatlichen Stellen und der Rassismus im Falle des NSU werden genauso benannt und analysiert wie die Hintergründe der Black Life Matters-Bewegungen. Der Autor bleibt an dieser Stelle jedoch gedanklich nicht stehen und belässt es nicht bei der Kritik. Vielmehr begrüßt er auch hier die offenen Auseinandersetzungen und das öffentliche Reden über die Rolle des Rassismus bei diesen Geschehnissen.

Im Gegensatz zu vielen anderen aktuellen Stellungnahmen verzichtet der Autor auf wütende Angriffe oder schlecht begründeten Alarmismus. Besonders würdigt er auch die Selbstorganisationen der von Rassismus betroffenen Menschen. Er teilt zwar nicht alle ihre Forderungen, sieht es aber als po-

sitiv an, dass sie zu Stimmen zusammengefunden hätten und sich hörbar an den Aushandlungen unserer gesellschaftlichen Spielregeln beteiligten und um Repräsentanz und Anerkennung kämpften.

Rassismuskritische Arbeit setzt für El-Mafaalani eine spezifische Haltung voraus: Der eigene Standort müsse reflektiert werden. In einer auch von Rassismus geprägten Kultur gebe es kein Außen. Im Gegenteil: Jede und jeder nehme darin eine Rolle ein und niemand könne so tun, als sei er oder sie nicht involviert. Auch wer Rassismus ablehne und aktiv bekämpfe, bleibe Teil des Systems. Einige genossen darin Privilegien, andere litten unter den Zuständen. Gemeinsam gehe es darum, diese Zustände wahrzunehmen, um sie verändern zu können. Das zentrale Mittel dazu sei der offene Diskurs über alle Facetten des Rassismus. Vielen falle es dabei schwer, über Rassismus zu reden. An solchen Auseinandersetzungen führe jedoch kein Weg vorbei und sie müssten eine Gesellschaft nicht spalten, sondern könnten sie sogar zusammenführen und neue Gemeinsamkeiten begründen. Ein wichtiges Feld sei dabei auch die Weiterentwicklung einer gemeinsamen Sprache, die rassistische Strukturen und Kulturen zu überwinden helfe und eine moderne, auf Gleichwertigkeit zielende moderne Gesellschaft begründe und widerspiegele. El-Mafaalani meint mit Haltung somit die Bereitschaft, solche Prozesse selbstkritisch und offen mitzugestalten, und er betont die Fortschritte auf diesem Weg in den vergangenen Jahren. ■

**Prof. Dr. Dierk Borstel** lehrt praxisorientierte Politikwissenschaft an der FH Dortmund und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Aladin El-Mafaalani  
**Wozu Rassismus?**

Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassismuskritischen Widerstand  
Kiepenheuer & Witsch, Köln 2021

Taschenbuch, 192 Seiten • ISBN 978-3-462-00223-2 • 12,00 €



## Wie wir uns erinnern

Beke Detlefsen

Der amerikanische Historiker Raul Hilberg, der als Kind einer jüdischen Familie in Wien geboren wurde, sagte über die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten: „Geschichte lässt sich nicht ungeschehen machen, erst recht nicht die Geschichte dieses Ereignisses, das im Zentrum einer Erschütterung stand, die die Welt verändert hat. Diese Vergangenheit nicht zu kennen, heißt sich selbst nicht zu kennen.“ Ernst Piper wählte den letzten Teil genau dieses Zitates als Titel für sein neues Werk – und es könnte passender nicht sein. In 18 Kapiteln sowie einer ausführlichen Einleitung und Anmerkungen gibt der Historiker und Verleger einen Überblick über die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. Neben Kunst- und Kulturgeschichte geht es vor allem um bedeutende gesellschaftliche Ereignisse zur deutschen Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Wie erinnern wir uns an Geschichte? Und was bedeutet das für unsere Gegenwart? Ernst Piper hat seine Schwerpunktthemen der Erinnerung in diesem Band zusammengetragen. Immer wieder geht es dabei um den Holocaust und die menschenverachtende sowie totalitäre Ideologie der Nationalsozialisten. Für Ernst Piper ist Auschwitz Zäsur und „eine zentrale Signatur der deutschen Geschichte im Zeitalter der Extreme“ (S. 24).

Die einzelnen Beiträge des Bandes sind größtenteils aus Vorträgen entstanden, die der Historiker zu verschiedenen Anlässen gehalten hat. Einige davon sind anschließend auch gedruckt worden. Ihre Themen

reichen vom „Zeitalter der Weltkriege“ über das kulturelle Leben im Kaiserreich, von Alfred Rosenberg und den völkisch-religiösen Erneuerungsbestrebungen bis zu den Grundlinien der nationalsozialistischen Kulturpolitik. Mit den Texten zu Martin Broszats Strukturanalyse der NS-Herrschaft und Saul Friedländers Werk „Die Jahre der Vernichtung“ sind im Mittelteil auch zwei Rezensionen von bedeutenden Werken der Geschichtswissenschaft zu finden, während in den hinteren Kapiteln die Beschäftigung mit der Erinnerung an Ereignisse, sowie mit der Aufarbeitung und Schuldfrage im Vordergrund steht.

Ernst Piper macht dabei deutlich, dass Geschichte nicht ohne den Kontext der Gegenwart zu sehen und zu verstehen ist. Dass Deutungen, Einordnungen und Rückschlüsse jeweils aus der Zeit heraus zu betrachten sind, in der sie entstanden. Und dass genau diese Erinnerungen nicht statisch sind, sondern sich synchron zur Gegenwart ebenfalls verändern, anpassen oder in Konkurrenz miteinander treten können. Dies wird auch im Kapitel „Woran wir uns erinnern, wenn wir uns erinnern“ deutlich, in dem er den Historiker Johannes Fried zitiert: „Die Erinnerung ist, so Fried, die kontinuierliche Verformung der Vergangenheit unter dem Druck der Gegenwart.“ (S. 243)

Der Druck der Gegenwart also als entscheidender Einfluss auf die Erinnerung – und der Druck des Individuums? Schon die Einleitung mit ihrer biografischen Einteilung macht die subjektive Färbung dieses Bandes deutlich. Der Verlegersohn präsentiert hier eine persönliche Auswahl der Geschichte(n) und gibt auch einen Einblick in sein eigenes literarisches sowie publizistisches Wirken.

Immer wieder sind thematische Bezüge zu seinen bereits erschienenen Büchern erkennbar, die sich ebenfalls mit Kulturgeschichte oder einzelnen bedeutenden Persönlichkeiten befassen. Wie in der Ankündigung des Verlages zu lesen ist, beschreibt Ernst Piper mit seiner Zusammenfassung relevanter Entwicklungen in diesem Band eine „deutsche Kultur- und Ideengeschichte der letzten 150 Jahre“.

Dabei werden viele Aspekte angerissen: Ernst Pipers Buch ermöglicht mit seiner Themenvielfalt einen spannenden Überblick sowie die Einordnung einer „extremen“ Zeit und ist dabei verständlich sowie unterhaltsam geschrieben. Aufgrund der Entstehung der Texte, die ursprünglich meist als Vorträge konzipiert waren, kommt es teilweise zu thematischen Überschneidungen in den einzelnen Kapiteln. Diese lassen sich dadurch aber auch ganz hervorragend unabhängig voneinander lesen.

Überall zu spüren und zu lesen: „Diese Vergangenheit nicht zu kennen, heißt sich selbst nicht zu kennen“ ist ein mahnendes Buch. Es ist ein emotionaler Band, der dazu aufruft, sich mit der Geschichte und unserer Erinnerung daran zu beschäftigen. „Wenn zu Beginn gesagt worden ist, dass die Deutung der Vergangenheit korrespondiert mit der Antizipation des Künftigen, sollte das in diesem konkreten Fall vor allem bedeuten, dass die Erfahrung dazu beiträgt, die Wiederholung zu verhindern“ (S. 259), schreibt Ernst Piper im Kapitel „Woran wir uns erinnern, wenn wir uns erinnern“. Und aus aktuellem Anlass ist diese Mahnung genauso wie das Buch selbst wichtiger denn je. ■

Beke Detlefsen ist Historikerin und Projektkoordinatorin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.



Ernst Piper

**Diese Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sich selbst nicht zu kennen**

Deutsche Geschichte im Zeitalter der Extreme

CH Links, Berlin 2022

Hardcover mit Schutzumschlag, 336 Seiten · ISBN 978-3-96289-150-3 · 26,00 €

## Migrantinnen und Migranten in der DDR und Ostdeutschland

Julia Solinski

Das Buch „die DDR schien mir eine Verheißung. Migrantinnen und Migranten in der DDR und in Ostdeutschland“ versammelt 16 Lebenserzählungen von Menschen, die zwischen 1966 und 1989 aus neun verschiedenen Ländern und ganz unterschiedlichen Gründen in die DDR einreisten. Später erlebten sie die Wende mit und entschieden sich, in Ostdeutschland zu bleiben.

16 Biografien, die alle sehr unterschiedlich sind und ein facettenreiches Bild vom Leben in der DDR und in Ostdeutschland zeichnen. Dabei haben aber alle eine Gemeinsamkeit: Der Systemwechsel verlangte allen Erzählenden eine große Anpassungsleistung ab. Verträge wurden gekündigt, Stellen gestrichen, Ausbildungsnachweise plötzlich nicht mehr anerkannt. Wie die Erzählenden die Umbruchsjahre nach der Wende gemeistert haben, in dem sie auf

neue Berufe umschulten oder sich selbstständig machten, während sie meistens gleichzeitig noch Kinder aufzogen, ihre Familien unterstützten, sich in Vereinen oder Initiativen ehrenamtlich engagierten und immer wieder den Stress durch rassistische Bedrohungen aushalten mussten, ist nicht nur sehr spannend zu lesen, sondern auch inspirierend.

### Lebenserzählungen in guter Übersichtlichkeit

Das Buch präsentiert die Lebenserzählungen zumeist nach demselben Schema, was für Übersichtlichkeit sorgt: Leben vor der Einreise in die DDR, Ankommen und Lebensstationen vor der Wende, Umbruchsjahre, Nachwendezeit sowie die persönliche Definition von Heimat und Ratschläge an nachkommende Migrant\*innen.

Bereichert werden die Lebenserzählungen durch die Portraitfotos von Mahmoud Dabdoub. Er migrierte selbst in die DDR und lebt heute in Ostdeutschland. Der Fotograf Dabdoub besuchte die Erzählenden an ihren Wohnorten und schuf so ganz individuelle Portraits. Sie vermitteln einen Eindruck von der Persönlichkeit der Erzählenden. Zudem sorgen ein kluges Vorwort und ein Anhang mit weiterführender Literatur für die Verortung der biografischen Erzählungen im Kontext der ostdeutschen Migrationsgeschichte.

Die Buchpräsentation, die am 24. Februar 2022 in Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig stattfand, wurde aufgezeichnet und kann auf dem Youtube-Kanal von Lamsa e.V. angesehen werden. ■

Julia Solinski ist Mitarbeiterin im Projekt „MigOst – Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen“ beim Dachverband der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst e.V.). DaMOst e.V. ist Partnerorganisation von gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft. Kontakt für Nachfragen zum Buch: [mi.story@damost.de](mailto:mi.story@damost.de)

Carina Großer-Kaya/Monika Kubrova; hrsg. v. Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V. in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst), „... die DDR schien mir eine Verheißung.“ Migrantinnen und Migranten in der DDR und Ostdeutschland, Amman Verlag für Regional- und Zeitgeschichte, Berlin 2022  
Kunststoff-Einband, 128 Seiten  
ISBN 978-3-948052-18-8 · 18,00 €



[www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)



## DER BLOG demokratiegeschichten.de

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen?  
Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog auf [www.demokratiegeschichten.de](http://www.demokratiegeschichten.de)

## Vorstand und Beirat

### GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

**Iris Gleicke**, Stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

**Christine Lieberknecht**, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

**Cem Özdemir**, MdB, Stellvertretender Vorsitzender, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

**Linda Teuteberg**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende

### VORSTAND

**Jan Philipp Albrecht**, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in Schleswig-Holstein

**Dr. Andreas H. Apelt**, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

**Prof. Dr. Friedhelm Boll**, Zeithistoriker

**Tilo Braune**, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

**Prof. Dr. Hansjörg Geiger**, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

**Kerstin Griese**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

**Dr. Norbert Haase**, Historiker, Referent für Kultur im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

**Christoph Heubner**, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

**Christian Hirte**, MdB

**Prof. Dr. Alfons Kenkmann**, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

**Birgit Kipfer**, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“

**Dr. Susanne Kitschun**, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen

**Ernst Klein**, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, ehemaliger Geschäftsführer eines Bauelemente-Fachbetriebes

**Dr. h.c. Charlotte Knobloch**, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

**Hannelore Kohl**, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a. D.

**Dr. Anja Kruke**, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

### EHRENVORSITZENDER

**Dr. h.c. Joachim Gauck**, Bundespräsident a. D.

### BEIRAT

**Prof. Dr. Rita Süßmuth**, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

**Rainer Braam**, Unternehmer

**Prof. Dr. Hubert Burda**, Verleger

**Dr. Thomas Goppel**, Staatsminister a. D.

### GESCHÄFTSFÜHRER

**Dr. Michael Parak**

### EHEMALIGE VORSITZENDE

**Prof. Dr. Bernd Faulenbach**, 2015–2020, Historiker

**Wolfgang Tiefensee**, 2012–2014, Bundesminister a. D.

**Dr. h.c. Joachim Gauck**, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

**Andreas Dickerboom / Stefan Querl**, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**Dr. Ulrich Mählert**, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Dietmar Nietan**, MdB, Mitglied im Geschichtsforum der SPD

**Eva Schmierer**, Schatzmeisterin, Leiterin der Zentralabteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**Prof. Dr. Johannes Tuchel**, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

**Omar Kuntich**, Vorstandsvorsitzender Bündnis Malikitische Gemeinde Deutschland e. V.

**Uta Leichsenring**, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

**Michelle Müntefering**, MdB, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt a. D.

**Winfried Nachtwei**, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

**Paul Nemitz**, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

**Dr. Maria Nooke**, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

**Dr. Friedbert Pflüger**, Direktor des European Centre for Energy and Resource Security

**Dr. Melanie Piepenschneider**, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Prof. Dr. Ernst Piper**, Historiker

**Carsten Rose**, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

**Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur**, Verleger

**Dieter Schulte**, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Lala Süßkind**, Jehi `Or (Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus)

**Lothar Tautz**, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

**Dr. h.c. Josef Thesing**, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Ernst-Jürgen Walberg**, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

**Prof. Dr. Gert Weisskirchen**, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

**Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer**, Theologe und Bürgerrechtler

**Walther Seinsch**, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

**Barbara Stamm**, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

**Dr. Monika Wulf-Mathies**, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

**Dr. h.c. Hans Koschnick (†)**, 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

**Dr. Hans-Jochen Vogel (†)**, 1993–2000, Bundesminister a. D.

Michael Parak / Ulli Engst (Hrsg.)  
unter Mitarbeit von Dennis Riffel

# VORBILDER DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

**Die neue Publikation zur  
Demokratieförderung durch  
Geschichtsvermittlung**

von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**EINSTELLUNGEN UND HANDLUNGEN,  
DIE BEEINDRUCKEN UND  
ORIENTIERUNG GEBEN KÖNNEN**

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

**Eine neue Perspektive auf Demokratiegeschichte und  
vorbildhafte Einstellungen und Handlungen**

Diese Publikation kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt werden  
oder online unter: [www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/](http://www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/)

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien